

## 5. Das »merkantile« Preußen als Argument in der französischen Wirtschaftsdebatte

»Welch Geistes Kind ein Volk ist, auf welcher Kulturstufe es steht, wie seine soziale Struktur aussieht, was seine Politik für Unternehmungen vorbereiten mag – das und viel anderes steht phrasenbefreit in der Finanzgeschichte. Wer ihre Botschaft zu hören versteht, der hört da deutlicher als irgendwo den Donner der Weltgeschichte«<sup>1</sup>.

Die kontinuierliche Krise der französischen Staatsfinanzen bis in den Staatsbankrott während der letzten Jahre des Ancien Régime endete 1789 mit dem Donner der Revolution, der nicht nur über Frankreich, sondern über ganz Europa grollte. Wenn, wie im Zitat von Joseph A. Schumpeter behauptet wird, die Finanzgeschichte eines Landes ein klares Abbild des kulturellen, sozialen und politischen Fundaments einer Nation darbietet, dann stellt sich für unsere Untersuchung in einer transnationalen Perspektive folgende Frage: Inwiefern trugen das Finanzwesen Frankreichs und Preußens bereits im 18. Jahrhundert spezifische nationale Merkmale, die es ermöglichten, sie jeweils als »typisch französisch« und »typisch preußisch« zu charakterisieren? Angesichts der entscheidenden Rolle, die die Krise der Staatsfinanzen für den Ausbruch der Revolution in Frankreich spielte, kann man bei der ungleichmäßigen Verteilung der Steuerbelastung, der schlechten Verwaltung öffentlicher Finanzmittel und dem chronischen Staatsdefizit am Ende des Ancien Régime vom »eigentliche[n] Grundübel, an dem das Staatswesen litt«, sprechen<sup>2</sup>. Die zahllosen Reformversuche, die seit den 1760er Jahren von Finanzexperten entworfen und von

1 Joseph A. SCHUMPETER, Die Krise des Steuerstaats, in: Rudolf GOLDSCHIED u. a. (Hg.), Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt a. M. 1976, S. 329–379, hier S. 331f. Eine ähnliche Aussage finden wir auch bei Marcel MARION, Histoire financière de la France depuis 1715, Bd. 1, Paris 1914, S. V.

2 Robert HOLTZMANN, Französische Verfassungsgeschichte von der Mitte des neunten Jahrhunderts bis zur Revolution, ND München 1965, S. 402–424; Denis RICHEL, La monarchie au travail sur elle-même?, in: BAKER u. a. (Hg.), The French Revolution and the Creation, S. 25–39; Denis RICHEL, De la Réforme à la Révolution. Études sur la France moderne, Paris 1991, insbes. S. 509–541; Ernest LABROUSSE, La crise de l'écon-

## 5. Das »merkantile« Preußen

Enzyklopädisten, Philosophen, Literaten und Publizisten diskutiert wurden, führten zu einer besonders intensiven Beschäftigung der öffentlichen Meinung mit Finanz- bzw. Steuerfragen<sup>3</sup>. Das lebhafte Interesse für die politische Ökonomie wuchs im Zuge des Siebenjährigen Krieges noch mehr<sup>4</sup>. Die Finanzierung des Krieges verlangte von der Bevölkerung derartige finanzielle Opfer, dass sie sich zunehmend für Steuer- und Finanzfragen interessierte<sup>5</sup>. Das erklärt auch die hohe Zahl an Reformprojekten, Umfragen und Untersuchungen, die durchgeführt wurden, um eine Bestandsaufnahme der finanziellen Krisensituation des Landes zu machen<sup>6</sup>. Ähnlich wie zur gleichen Zeit beim Militärwissen ging es darum, ein nationales Problem zu lösen, hier in der Hoffnung, den Staat vor dem Bankrott zu retten<sup>7</sup>.

Dennoch scheint der Wissenstransfer im Finanzbereich zwischen den beiden staatlichen Entitäten vor allem seit der Ankunft der Hugenotten in Bran-

omie française à la fin de l'Ancien Régime et au début de la Révolution, Paris <sup>2</sup>1990, insbes. die Einleitung, S. XXII–LII; Fernand BRAUDEL, Ernest LABROUSSE (Hg.), *Histoire économique et sociale de la France*, Bd. 2: Des derniers temps de l'âge seigneurial aux préludes de l'âge industriel (1660–1789), Paris 1970, insbes. S. 529–563; Thomas E. KAISER, Dale K. VAN KLEY (Hg.), *From Deficit to Deluge. The Origins of the French Revolution*, Stanford 2011, S. 37–66.

3 Trotz zahlreicher Reformpläne und -versuche war eine grundsätzliche Reform der Finanz- und insbesondere der Steuerorganisation der französischen Monarchie aufgrund ihrer Verfassungsstruktur unmöglich, siehe Marie-Laure LEGAY, *Les états provinciaux dans la construction de l'État moderne aux XVII<sup>e</sup> et XVIII<sup>e</sup> siècles*, Genf 2001, S. 468–470.

4 MORNET, *Les origines intellectuelles de la Révolution française*, S. 117.

5 Obwohl kein Zweifel darüber besteht, dass der Handel in Kriegszeiten immer leidet, relativiert Riley die tragischen Folgen, die der Ancien-Régime-Krieg dauerhaft auf die Entwicklung der Finanzen Frankreichs gehabt habe. Auch wenn die Franzosen das Gefühl gehabt hätten, so Riley, von den Steuern stark belastet zu werden, sei diese Einschätzung »shamefully« übertrieben; RILEY, *The Seven Years War*, S. 160f.

6 BOSHER, *French Finances*, S. 125–141.

7 Von den zahlreichen Werken zur Finanzgeschichte Frankreichs in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden viele alte Schriften, die heute noch als Klassiker gelten, zur Ausarbeitung dieses Kapitels herangezogen: Jacques NECKER, *De l'administration des finances de la France*, 3 Bde., Paris 1784, das auch als *Quelle* gedient hat, sowie Antoine BAILLY, *Histoire financière de la France, depuis l'origine de la monarchie jusqu'à la fin de 1786*, 2 Bde., Paris 1830; Dieudonné-Alexandre-Paul BOITEAU, *État de la France en 1789*, Paris 1889; Félix ROCQUAIN, *L'esprit révolutionnaire avant la Révolution, 1715–1789*, Paris 1878; Pierre DE SÉGUR, *Au couchant de la monarchie*, Bd. 1: Louis XVI et Turgot, Bd. 2: Louis XVI et Necker, Paris 1910–1913; René STOURM, *Les finances de l'Ancien Régime et de la Révolution. Origines du système financier actuel*, Bd. 2, Paris 1885; Paul VIOLLET, *Le roi et ses ministres pendant les trois derniers siècles de la monarchie*, Paris 1912; BRAUDEL, LABROUSSE (Hg.), *Histoire économique et sociale de la France*, S. 735–740.

denburg-Preußen in den 1680er Jahren überwiegend von Frankreich in Richtung Preußen stattgefunden zu haben. Die Frage nach einer eventuellen Modellfunktion der Ökonomie und Verwaltung Preußens für eigene Reformentwürfe scheint sich für die französischen Finanzexperten nicht gestellt zu haben. Man sollte sogar kritisch fragen, inwiefern die Organisation der preußischen Finanzen überhaupt als fremdes Modell betrachtet werden konnte, denn viele der preußischen Institutionen und Verwaltungsstrukturen wurden direkt aus Frankreich über die hugenottischen Arbeitskräfte importiert, die in Brandenburg-Preußen schon während der Regierung des Großen Kurfürsten in großer Anzahl Asyl gefunden hatten. Hingewiesen werden kann an dieser Stelle zum Beispiel auf die ähnliche Struktur und die vergleichbare Organisation der preußischen Kriegs- und Domänenkammern sowie auf die französischen Intendanten<sup>8</sup>. Eine ähnlich rekonstruierbare Übernahme einer französischen Institution findet man auch in Bezug auf die General-Rechen-Kammer, die 1714 nach dem Muster der *chambres des comptes* in Berlin ins Leben gerufen wurde, sowie im Hinblick auf den ersten preußischen Generalkontrollleur der königlichen Kassen, der 1713 ernannt wurde und in der Tradition des *contrôleur général des finances* stand. Sogar französische Titel, wie der eines *maître de requêtes*, wurden unter Friedrich I. übernommen<sup>9</sup>.

Friedrich II., der die Staatseinkünfte Frankreichs beneidete, setzte diese Tradition zunächst fort. Zur Erhöhung seiner eigenen Staatseinnahmen nutzte er das französische Steuersystem als Vorbild. Nach französischem Modell wurde 1763 die staatliche Zahlenlotterie eingeführt sowie 1765 die General-Tabaks-Pachtungs-Gesellschaft (»Tabac-Ferme«) eingerichtet, die aber bereits ein Jahr später in eine staatliche Gesellschaft umgewandelt wurde. Die damit verbundenen Monopole des Tabak- und Kaffeevertriebes waren bei der Bevölkerung sehr unbeliebt und erwiesen sich als nur wenig ertragreich. Insgesamt enttäuschte die Regie Friedrich II. so sehr, dass er sich am Ende seiner Regierungszeit 1784 Verbesserungsansätze überlegte. Die Akzisenverwaltung überlebte ihn, wurde aber von seinem Nachfolger Friedrich Wilhelm II. mit preußischen Beamten besetzt<sup>10</sup>. Friedrich II., der überall Betrug, Schmuggel und Korruption zu sehen glaubte, war nämlich der Meinung, französische Finanzbeamte könnten besser mit Geld umgehen als die Preußen, und besetzte die Verwaltungsposten mit Experten aus Frankreich. Mit dieser Haltung legte

<sup>8</sup> Otto HINTZE, Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte. Eine vergleichende Studie, in: DERS. (Hg.), Staat und Verfassung, S. 242–275, hier S. 248.

<sup>9</sup> NEUGEBAUER (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, S. 613.

<sup>10</sup> Wilhelm TREUE, Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens, Berlin u. a. 1984, S. 110–116 und 159.

## 5. Das »merkantile« Preußen

er ein zusätzliches Zeugnis für sein bekanntes Misstrauen den eigenen Staatsbeamten gegenüber ab<sup>11</sup>.

Nach dem Siebenjährigen Krieg brachten indirekte Steuern – die sogenannten Akzisen – seinen Staatskassen so wenig Einnahmen ein, dass Friedrich II. überlegte, diese nach französischem Modell von Steuerpächtern einsammeln zu lassen. Inspiriert wurde der preußische König von dem berühmten Philosophen Claude-Adrien Schweitzer, genannt Helvétius, der als Generalsteuerpächter (*fermier général*) von 1738 bis 1750 in Frankreich gedient hatte und 1765 Friedrich, während eines Aufenthaltes in Potsdam, mit einem Konsortium von Pariser Steuerpächtern in Kontakt brachte<sup>12</sup>. Das Projekt scheiterte jedoch an der Kaution, die die Interessenten einbringen sollten. Nichtsdestotrotz wurde das gesamte System der Akziserhebung und -verwaltung gründlich reformiert und 1766 an französische Beauftragte übergeben: Die Leitung der neugegründeten Regie, die die Gesamtverwaltung der Akzisen und Zölle Preußens umfasste, wurde dem Geheimen Finanzrat und Generalregisseur La Haye de Launay übergeben, der weitere vier französische Regisseure zur Hilfe anstellte<sup>13</sup>. Durch die Zahl der französischen Regie-Angestellten, die auch in die Provinzstellen gesandt wurden, entstand ein großes Misstrauen Franzosen gegenüber, da sie diesen Bereich zu monopolisieren drohten<sup>14</sup>. Deshalb entwickelte sich zeitgleich mit der Erhöhung der Steuer und den wachsenden Staatseinnahmen eine tiefe Abneigung gegen französische Beamte<sup>15</sup>.

<sup>11</sup> Diese positive Einschätzung der französischen Beamten musste aber 1769 im Postwesen revidiert werden, denn der französische Generalintendant Jacques Marie Bernard sowie seine Assistenten Gilbert de la Hogue und Edème Nicolas Moret wurden »wegen vielfältiger Betrügereien« durch einen preußischen Beamten ersetzt. An ihrer Stelle wurde der früheren Kammerpräsident Friedrich Wilhelm von Derschau zum Generalpostmeister ernannt: *ibid.*, S. 112.

<sup>12</sup> NEUGEBAUER (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, S. 614; Stephan SKALWEIT, *Der preußische Staat im Denken des ausgehenden Ancien Régime in Frankreich*, in: Otto BÜSCH u. a. (Hg.), *Moderne preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie*, Bd. 1, Berlin, New York 1981, S. 197–242, insbes. S. 222.

<sup>13</sup> Über die Tätigkeit von La Haye de Launay und seinen Streit mit Mirabeau wird ausführlich am Ende des Kapitels berichtet.

<sup>14</sup> Zur Zahl der in der Regie tätigen Franzosen: Walther SCHULTZE, *Geschichte der preußischen Regieverwaltung von 1766 bis 1786*, Leipzig 1888, S. 46f. und 371; Rolf GRABOWER, *Preußens Steuern vor und nach den Befreiungskriegen*, Berlin 1932, S. 64; Peter BLASTENBREI, *Der König und das Geld. Studien zur Finanzpolitik Friedrichs II. von Preußen*, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 6 (1996), S. 55–82, insbes. S. 68f.

<sup>15</sup> In der Stadt Königsberg zum Beispiel dauerten die Streitigkeiten zwischen Hugenotten und Einheimischen besonders lange und führten zu einer im Volk allgemein verbreiteten Abneigung gegen alle Franzosen, die in den 1770er Jahren deutlich spürbar war.

Frankreichs Finanzorganisation als Modell für Preußen – so lässt sich im Finanzbereich die Beziehung beider Länder schlagwortartig beinahe bis zum Ende der Regierungszeit Friedrichs II. zusammenfassen. Die Orientierung des Wissenstransfers von West nach Ost, welche das Jahrhundert zuvor geprägt hatte, erklärt das geringe Interesse französischer Expertenkreise an einer Art Imitation ihres eigenen Systems. Ein weiterer Grund für das Desinteresse war die große Popularität der Wirtschaftslehre der Physiokraten um François Quesnay seit Mitte des 18. Jahrhunderts in der französischen Öffentlichkeit<sup>16</sup>. Die erfolgreiche Rezeptionsgeschichte dieser Schule zeigt sich unter anderem daran, dass deren Mitglieder bis heute als Gründer der politischen Ökonomie angesehen werden<sup>17</sup>. Die Anhänger dieser innovativen Wirtschaftsdoktrin wussten sich geschickt der vielfältigen Kommunikationsmittel wie Briefverkehr, Populärliteratur oder der bekannten Zeitschrift »Ephémérides du citoyen«<sup>18</sup> zu bedienen. Sie hatten zudem ihre eigenen Soziabilitätsorte wie die physiokratischen Salons und *dîners* was ihnen eine dominierende Stimme in der französischen Öffentlichkeit verlieh. Das verbreitete Interesse für Ökonomie wird auch durch zahlreiche Übersetzungen englischer und spanischer Werke dieses Feldes ins Französische belegt<sup>19</sup>. Eine detaillierte Analyse der Werke Quesnays zeigt, dass seine abstrakte Rhetorik zwar den Anschein erwe-

Siehe dazu Fritz GAUSE, Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 2, Köln <sup>2</sup>1998, S. 181, 228; Hugo RACHEL (Hg.), Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens, 1740–1786, Bd. 3/1, Berlin 1928, S. 142–337.

16 Für eine politische Lektüre zur Wirkung der physiokratischen Ideen siehe Manuela ALBERTONE, Fondements économiques de la réflexion du XVIII<sup>e</sup> siècle. Autour de l'homme porteur de droits, in: Clio@Themis 3 (2010), S. 1–25, [http://www.cliothemis.com/IMG/pdf/5-\\_Albertone\\_-\\_pdf.pdf](http://www.cliothemis.com/IMG/pdf/5-_Albertone_-_pdf.pdf) (24.6.2020).

17 Catherine LARRÈRE, L'invention de l'économie au XVIII<sup>e</sup> siècle. Du droit naturel à la physiocratie, Paris 1992, S. 5. Larrère zeigt, inwiefern die Beschäftigung mit der Ökonomie ein politischer Akt war, denn die Beziehung des Menschen zu seinem Land verwandelt ihn in ein Mitglied einer politischen Gemeinde, also in einen patriotischen Bürger. Siehe in diesem Werk auch die klare Darstellung der engen Beziehung zwischen Physiokratie und Naturrecht, und dadurch die Verbindung zu den Theorien von Grotius, Pufendorf, Barbeyrac und Burlamaqui.

18 »Éphémérides du citoyen« bzw. »Nouvelles éphémérides économiques«. Die Zeitschrift wurde von Nicolas Baudeau (1730–1792) gegründet, Anhänger der physiokratischen Ideen Quesnays, der sich zum Ziel gesetzt hatte, seine Gedanken einem breiten Publikum in einem einfachen Stil zu erklären; 1768 wurde die Leitung der Zeitschrift vom Ökonomen und amerikanischen Diplomaten Pierre Samuel du Pont de Nemours (1739–1817) übernommen.

19 Bernard DELMAS, Thierry DEMALS, Philippe STEINER, Présentation: Les physiocrates, la science de l'économie politique et l'Europe, in: DIES. (Hg.), La diffusion internationale de la physiocratie (XVIII<sup>e</sup>–XIX<sup>e</sup> siècle), Grenoble 1995, S. 7–29, hier S. 9, Fn. 2.

cken konnte, er beziehe sich in seinen Ausführungen auf alle möglichen Länder, sein eigentliches Interesse galt aber allein Frankreich.

Die damals akute Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten der französischen Finanzen erklärt, weshalb französische Finanzexperten vor dem Hintergrund der preußischen Machterweiterung die Organisation des preußischen Steuer- und Finanzsystems untersuchten. Sie versuchten zunächst zu verstehen, auf welcher Basis diese neue Staatsmacht beruhte, und stießen im Zuge dessen auf das Geldwesen. Somit kennzeichnete sich die Beschäftigung mit den preußischen Finanzen seitens der französischen Experten dadurch, dass die Kenntnis des Finanzwesens als Voraussetzung für die Entschlüsselung des militärischen Machtzuwachses verstanden wurde. Seit 1763 lag daher das Augenmerk der Fachleute auf dem preußischen Wirtschaftssystem, gerade weil sie dachten, darin eine mögliche Erklärung sowohl für die militärischen Erfolge während des Siebenjährigen Krieges als auch für die schnelle darauffolgende Genesung der Staatskassen finden zu können. Dementsprechend zeichnete sich das Interesse der französischen Fachmänner einerseits durch eine deutliche Furcht vor dieser stets wichtiger gewordenen Staatmacht aus und war andererseits vom eigenen, scheinbar unaufhaltsamen Verfall geprägt, für den man keine effizienten Gegenmittel kannte. Zu dieser Furcht kam noch die Verstimmung der Urenkel Ludwigs XIV. hinzu, die dem verlorenen Glanz der vergangenen Zeiten tief nachtrauerten.

Epigonentum, Utilitarismus und Verärgerung waren daher die drei Motive, die französische Debatten während der letzten Jahrzehnte der französischen Monarchie prägten. Sie erklären zudem, dass das Studienobjekt »Preußen« und die dürftigen Ausführungen in diesem Bereich, die u. a. von dem Finanzintendanten Jean-Louis Moreau de Beaumont (1715–1785), von Mirabeau und seinem Sohn Honoré-Gabriel sowie den Enzyklopädisten überliefert sind, nicht als Suche nach einem Modell zur Verbesserung der französischen Finanzen zu verstehen sind<sup>20</sup>. Vielmehr ging es hier darum, zusätzliche Erklärungen für das sehr erfolgreiche Überleben Preußens im Kampf gegen die europäische Koalition während des Siebenjährigen Krieges zu finden. Die feinen Analysen des preußischen Finanzsystems von französischen Beobachtern bezeugen, dass sie den Grund für die Stärke der Staatsfinanzen Preußens in dessen Militärverfassung sahen<sup>21</sup>. Die Finanzen wiederum stützen den Staatsapparat. Wie schon im Eingangszitat von Schumpeter hervorgehoben wurde, waren sich die Zeitge-

<sup>20</sup> Michel PÉRON, *Théories prérévolutionnaires de l'impôt. Mirabeau, les encyclopédistes et Adam Smith*, in: *État, finances et économie pendant la Révolution française*, hg. vom Ministère de l'Économie, des Finances et du Budget, Paris 1991, S. 53–65.

<sup>21</sup> Otto HINTZE (Hg.), *Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte*, Göttingen <sup>3</sup>1970; Charles TILLY, *Reflections on the History*

nossen über die Bedeutung der Finanzen als Säule des Staatsbildungsprozesses durchaus im Klaren.

In diesem Kontext galt Preußen für die französischen Beobachter vor allem als Spiegel, der die Mängel im eigenen Wirtschaftssystem reflektierte und ans Licht brachte. Das Bild, das aus diesen Äußerungen zum gesamten preußischen Wirtschaftssystem entstand, zeigte einen dank seiner »komplett militärischen Verfassung«<sup>22</sup> gut funktionierenden Militärstaat, der aber niemals als Vorbild für die *régénération* der französischen Monarchie hätte gelten können. Tatsächlich zeigen die folgenden Ausführungen deutlich, dass die französische Debatte über das preußische Finanzsystem Teil der umfangreichen innerfranzösischen Auseinandersetzung zwischen Merkantilisten und Physiokraten war, von denen Erstere Preußen als vorbildlich betrachteten und Letztere es als Negativbild brandmarkten. Deshalb wurde das Finanz- und Steuersystem Preußens selten an sich, sondern meist als Bestandteil des merkantilistischen Gesamtsystems wahrgenommen, zu dem sich in der französischen Wirtschaftsreformdebatte die Meinungen spalteten. Daher rückt in diesem Teil die Frage nach der Modellartigkeit und der Rezeption des preußischen Systems in den Hintergrund und es geht vorrangig um die Frage nach der Instrumentalisierung des »merkantilen« Preußens als Pro- oder Contra-Argument in der französischen Binnendebatte zwischen Merkantilisten und Physiokraten<sup>23</sup>. Dementsprechend beginnt dieses Kapitel mit einer kurzen Erläuterung der wirtschaftlichen und politischen Gründe, die die Anhänger beider Wirtschaftslehren in Frankreich antrieben, sich intensiv mit Finanzfragen auseinanderzusetzen.

of European State-Making, in: DERS. (Hg.), *The Formation of National States in Western Europe*, Princeton, NJ 1975, S. 3–83; Bernhard R. KROENER, *Wirtschaft und Rüstung der europäischen Großmächte im Siebenjährigen Krieg. Überlegungen zu einem vergleichenden Ansatz*, in: Johann Christoph ALLMAYER-BECK (Hg.), *Friedrich der Große und das Militärwesen seiner Zeit*, Bonn 1987, S. 142–175; Geoffrey PARKER, *The Military Revolution. Military Innovation and the Rise of the West, 1500–1800*, Cambridge 1988; Clifford J. ROGERS (Hg.), *The Military Revolution Debate. Readings on the Military Transformation of Early Modern Europe*, Boulder u. a. 1995; Richard BONNEY (Hg.), *The Rise of the Fiscal State in Europe, c. 1200–1815*, Oxford u. a. 1999; REINHARD, *Geschichte der Staatsgewalt*, S. 343–362.

<sup>22</sup> Louis Gabriel Ambroise DE BONALD, *Mélanges littéraires, politiques et philosophiques*, Bd. 1, Paris, S. 347.

<sup>23</sup> Gustav SCHMOLLER, *Das Merkantilssystem in seiner historischen Bedeutung. Städtische, territoriale und staatliche Wirtschaftspolitik*, ND Frankfurt a. M. 1944; Rainer GÖMMEL, *Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus, 1620–1800*, München 1998; Lars ATORF, *Der König und das Korn. Die Getreidehandelspolitik als Fundament des brandenburgisch-preußischen Aufstiegs zur europäischen Großmacht*, Berlin 1999.

## 5.1 Das Interesse an Wirtschaftsfragen oder Wettbewerb unter Wirtschaftslehren

Schon vor dem Siebenjährigen Krieg interessierten sich die französische Öffentlichkeit und insbesondere die Aufklärer im Kontext der wachsenden Bedeutung des europäischen Liberalismus für Wirtschaftsthemen. Der Abbé Coyer (1707–1782)<sup>24</sup>, der sich seit 1753 in seinen »Bagatelles morales« für den Fortschritt des Handels und der Industrie ausgesprochen hatte und stets versuchte, in populären Schriften Ideen zur Liberalisierung des Marktes zu verbreiten<sup>25</sup>, freute sich laut über das Interesse seiner Zeitgenossen an Wirtschaftsfragen<sup>26</sup>. Seine Ideen und Kritik scheinen auf die Regierung großen Einfluss ausgeübt zu haben, denn die Abschaffung des Zunftzwangs durch den Finanzminister Turgot unter Ludwig XVI. soll auf sein Wirken zurückzuführen sein<sup>27</sup>. In seinem Werk »La noblesse commerçante« plädierte Coyer 1756 für die wirtschaftliche Freiheit der Adelligen, sich mit kaufmännischen Geschäften ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ohne dass dies als unehrenhaft betrachtet werden sollte. Denn auch in den deutschen Ländern, argumentierte Coyer, sei dies schon längst der Fall<sup>28</sup>. Abgesehen von einigen Hinweisen auf den Seehandel Englands konzentrierte sich seine Studie aber auf die französische Wirtschaftslage und stellte die wichtigsten Voraussetzungen für deren positive wirtschaftliche Entwicklung dar.

<sup>24</sup> Coyer verfasste weitere wirtschaftliche Schriften, u. a. in Zusammenarbeit mit Clicquot de Blervache eine politisch-ökonomische Allegorie: Gabriel-François COYER, Chinki, histoire cochinchinoise qui peut servir à d'autres pays, London 1768, sowie DERS., Lettre au R.P. Berthier sur le matérialisme, Genf 1759. Guillaume François Berthier (1704–1782), der von 1722 bis 1762 dem Jesuitenorden angehörte, war zwischen 1754 und 1762 Direktor des »Journal de Trévoux« und wirkte bis zur Vertreibung der Jesuiten aus Frankreich als Direktor der königlichen Bibliothek und als Lehrer der späteren Könige Ludwig XVI. und Ludwig XVIII. Coyers an Berthier gerichtete Schrift ist eine analytische und historische Studie des Materialismus, in der auf Descartes und Voltaire hingewiesen wird. Nachdem er 1761 für die Akademie von Nancy nominiert wurde, ehrte ihn die Royal Academy of England 1765 ebenfalls mit einer Mitgliedschaft: Kurt RUMPLER, Art. »Coyer, Gabriel-François«, in: Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 25, Nordhausen 2005, Sp. 180–183.

<sup>25</sup> Gabriel-François COYER, Bagatelles morales, London 1754.

<sup>26</sup> DERS., La noblesse commerçante, London, Paris 1756.

<sup>27</sup> RUMPLER, Art. »Coyer, Gabriel-François«; MARION, Histoire financière de la France, S. 280–289.

<sup>28</sup> COYER, La noblesse commerçante, S. 12.

### 5.1.1 Grundgedanken der physiokratischen Lehre

Zu Beginn der 1750er Jahre stand der Getreidehandel im Zentrum des Interesses<sup>29</sup>. In diesem Zusammenhang gewann die physiokratische Wirtschaftslehre immer mehr Bedeutung, da sie die Grundlage für Reichtum in der Landwirtschaft sah. Sie verlangte deshalb zur Steigerung des Wohlstandes eine effizientere Bodenbewirtschaftung und die Befreiung von staatlichen Abgaben im Sinne einer Liberalisierung des Markts. Im Zuge dieser Frage kristallisierte sich eine kritische Öffentlichkeit heraus, die ein immer stärkeres Selbstbewusstsein und eine wachsende Durchsetzungskraft entwickelte. Gerade in diesen Jahren erschienen die bedeutendsten Schriften der Physiokraten, etwa das berühmte »Tableau économique« François Quesnays (1758), das zur Grundlage der modernen Nationalökonomie wurde<sup>30</sup>. Auch wenn sich die Vertreter eines Merkantilismus à la Colbert und später à la John Law nicht als einheitliche Gruppe verstanden, sahen sich Quesnays Umfeld, seine Anhänger und Schüler als eine Schule, die auf einer innovativen Theorie basierend eine neue Wirtschaftspraxis durchsetzen wollte. Während die merkantilistische Lehre die ökonomische Autarkie des französischen Territorialstaates sichern wollte und den Reichtum eines Landes in seinem Geldvermögen sah, betrachteten die Physiokraten den Boden und dessen Bearbeitung als alleinige Wohlstandsquelle<sup>31</sup>. Obwohl mit den wirtschaftlichen Reformen der Finanzminister Turgot und Calonne die physiokratischen Ideen eine erste vorsichtige Umsetzung in die Praxis erlebten, wurden sie gleich nach Ende ihrer Amtszeit wieder rückgängig gemacht. Mit dem Ausbruch der Französischen Revolution und der darauffolgenden Umwandlung der gesellschaftlichen Grundstruktur erlosch der Konflikt zwischen den Vertretern der bisherigen Wirtschaftslehren. Physiokratische Ideen flossen in die von Adam Smith entwickelte Nationalökonomie ein, woraus ein völlig neues Verständnis für wirtschaftliche und politische Wechselwirkungen entstand. Als Zeugnis für diesen Wandel legte Jean-Baptiste Say (1767–1832) in

29 Antoine MURPHY, *Le développement des idées économiques en France (1750–1756)*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 33 (1986), S. 520–541; Jacques GUILHAUMOU, *Subsistance(s) et discours publics dans la France d'Ancien Régime (1709–1785)*, in: *Mots* 9 (1984), S. 57–87.

30 François QUESNAY, *Le tableau économique*, o. O. 1758. Siehe u. a. Art. »fermier«, in: *Encyclopédie*, Bd. 6, S. 540, und Art. »grains«, *ibid.*, Bd. 7, S. 812–831; MIRABEAU, *L'ami des hommes*.

31 GÖMMEL, KLUMP, *Merkantilisten und Physiokraten*, S. 109–139.

seinem berühmten »*Traité de l'économie politique*« 1803 die liberalen Prinzipien der herrschenden politischen Ökonomie fest<sup>32</sup>.

Charakteristisch für die ersten merkantilistischen Beiträge waren die Bemühungen, eine systematische Bestandsaufnahme des wirtschaftlichen Zustandes im Lande aufzustellen. Zentral war dabei die Frage der Finanzierung des französischen Staates, die zu diversen Reformprogrammen hinsichtlich der Staatseinnahmen führte. Dabei wurde häufig die Wirtschaftsentwicklung anderer, als erfolgreich betrachteter Länder wie Englands oder der Niederlande zum Vergleich herangezogen. Seltener scheinen sich die französischen Wirtschaftsexperten für die Situation im Reich oder in Preußen interessiert zu haben<sup>33</sup>.

Wegen des königlichen Steuersystems entflammten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts heftige Konflikte zwischen dem Königlichen Rat und dem Pariser Parlament, die sich allmählich auf weitere Parlamente ausdehnten. Die *cours souveraines* und deren Amtsträger führten einen richtigen Kampf gegen die *commissaires* des Königs, der zwischen 1748 und 1756 eskalierte: Das finanzielle Loch, das der Österreichische Erbfolgekrieg hinterlassen hatte, war noch nicht gestopft, als bereits neue Schulden zur Vorbereitung des nächsten Konfliktes hinzukamen. Die Schwierigkeiten der Kriegsfinanzierung hatten die Mangelhaftigkeit des französischen Steuersystems ans Licht gebracht, in dem die Reichsten in der gesellschaftlichen Hierarchie im Verhältnis am wenigsten zu den Staatseinnahmen beitrugen. Deshalb erließ der Generalkontrolleur der Finanzen, Jean-Baptiste de Machault d'Arnouville (1701–1794), 1749 eine universale Einkommensteuer in Höhe von fünf Prozent, den *vingtième*, der eine gewisse Gleichheit unter den Steuerzahlern einführte. Daraufhin begann die sogenannte *guerre de l'impôt* des Pariser Parlaments, das sich vehement gegen die Einführung dieser neuen Steuer aussprach<sup>34</sup>. Die königliche Generalverwaltung des *vingtième* wurde von den *commis* geleitet, die die Richtigkeit der Steuererklärungen nachprüfen mussten und deshalb schnell zu den meistgehassten Männern im ganzen Lande wurden.

<sup>32</sup> Jean-Baptiste SAY, *Traité d'économie politique, ou Simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*, 2 Bde., Paris 1803.

<sup>33</sup> AN Affaires étrangères B/III/426, 1763–1776. Der Bestand beinhaltet auch eine Abhandlung von Montbret über Handel in Deutschland. Charles Étienne Coquebert de Montbret (1755–1831) wurde 1774 als Marinekommissar nach Hamburg gesandt und 1777 zum Generalkonsul in den Hansestädten ernannt. Der Bestand enthält außerdem ein Dokument zum Handel Frankreichs in Deutschland, in dem vor allem die Einrichtung eines französischen Hauses in Regensburg erwähnt wird. Das Dokument wurde einem dem Generalkontrolleur am 21.6.1763 gesandten Brief von M. Burat beigelegt.

<sup>34</sup> Die Konfliktsituation zwischen beiden Parteien verschärfte sich 1753 im Zuge der Bulle »Unigenitus« gegen die jansenistische Lehre; MOUSNIER, *Les institutions de la France*, S. 1183.

Trotz des Widerstandes der Privilegierten blieb diese Steuer zur Finanzierung des Siebenjährigen Krieges erhalten und wurde durch die Erklärung vom 17. Juli 1756 zum zweiten Mal eingeführt. Um die Kriegskosten zu begleichen, überlegte der damalige Generalkontrolleur Étienne de Silhouette (1709–1767) zudem, eine *subvention générale* einzuführen. Aber der Königliche Rat wagte es nicht, den wütenden Parlamentariern die Stirn zu bieten. Stattdessen traten neue Steuern auf Luxuswaren, Zollgebühren und indirekte Steuern in Kraft. Doch der Widerstand der Privilegierten nahm – trotz der Kriegsumstände – ein solches Ausmaß an, dass Silhouette den Staatsbankrott verkündete und im November 1759 sein Amt verlassen musste.

Auch sein Nachfolger, Henri-Léonard-Jean-Baptiste Bertin (1720–1792), stieß auf die Einwände der *cours souveraines*. Diese waren in einen rein politischen Konflikt mit der königlichen Zentralmacht verstrickt und mitverantwortlich für die schlechte Versorgung und die verspätete Bezahlung der französischen Truppen sowie für das folgenreiche Misstrauen potentieller ausländischer Darlehensgeber aus den Niederlanden, der Schweiz und dem Alten Reich, die traditionell eher England finanziell unterstützten.

Über den institutionellen politischen »Steuerkrieg« hinaus stritten auch Wirtschaftstheoretiker der physiokratischen und merkantilistischen Gruppierungen über die zu ergreifenden Mittel zur Verbesserung der Finanzlage Frankreichs. Eine ihrer Meinungsverschiedenheiten betraf die Bedeutung der Luxuskonsumgüter für die Wirtschaftsentwicklung des Landes: Während für die Merkantilisten die Förderung der Luxuskonsumwaren und deren Industrien zur Steigerung des Wohlstandes beitragen sollten, bezeichneten die Physiokraten den Luxus als Ruin der Volkswirtschaft und gefährliche Bedrohung der natürlichen Gesetzmäßigkeiten, die als Fundament ihres Wirtschaftsmodells galten<sup>35</sup>.

Eine weitere Diskrepanz zwischen beiden Wirtschaftsverständnissen lag in der Bestimmung der Nahrungsmittelpreise. Während die merkantilistische Politik jene Preise auf niedrigem Niveau festlegen wollte, damit die Lohnkosten niedrig gehalten werden konnten, was wiederum die Exportindustrien fördern sollte, plädierte Quesnay für einen »guten Preis« der Lebensmittel, der durch die gesamtwirtschaftlichen Vorteile der Preiserhöhung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gerechtfertigt werde. Hierzu sollte der Binnenhandel mit Getreide gefördert und die absolute Handelsfreiheit und freie Konkurrenz im Binnen- und Außenhandel gewährleistet werden<sup>36</sup>.

<sup>35</sup> Eine gute Erläuterung der bedeutendsten Wirtschaftsideen der wichtigsten Merkantilisten und Physiokraten in Frankreich findet sich in GÖMMEL, KLUMP, Merkantilisten und Physiokraten, S. 77–148.

<sup>36</sup> »Qu'on maintienne l'entière liberté de commerce; car la police du commerce intérieure et extérieure la plus sûre, la plus exacte, la plus profitable à la nation et l'État,

Seit Mitte des 18. Jahrhunderts wurde die Frage nach dem Getreidepreis besonders intensiv diskutiert. Schon in der Enzyklopädie von Diderot und d'Alembert hatte Quesnay die wirtschaftliche Strategie Frankreichs, die allein auf den Industrie- und Handelsbereich ausgerichtet war, sowie die Vernachlässigung der Landwirtschaft zu einer folgenreichen Fehlentscheidung erklärt<sup>37</sup>. Die Missstände im französischen Staatshaushalt, die sich durch wachsende Staatsverschuldung und steigende Steuerbelastung ausdrückten, veranlassten die Physiokraten, Reformprogramme vorzuschlagen, um u. a. die Staatseinnahmen und -ausgaben neu zu organisieren und eine bessere Steuerpolitik zu erreichen. Diese sollte Stütze einer idealen Staatsverfassung sein, der Naturgesetze und Gesetzmäßigkeiten zugrunde lagen.

Langsam setzte sich somit eine neue Wirtschaftspolitik in Frankreich durch, die zu zahlreichen Diskussionen über den freien Handel von Getreide führte, dessen Bezeichnung »bled« alle in Europa angebauten Körnersorten umfasste. Allein die Anzahl der damals zu dieser Frage erschienenen Schriften zeigt, wie vehement und gründlich die physiokratischen und liberalen Thesen zum Laissez-faire sowie die Definition des »guten Preises« im wirtschaftlichen System François Quesnays debattiert wurden<sup>38</sup>. In den Jahren 1763/64 setzte sich allmählich eine vorsichtige Liberalisierung der Binnenwirtschaft durch, die sich exemplarisch an den sogenannten *édits de liberté* aufzeigen lässt<sup>39</sup>. Seit der Veröffentlichung der ersten makroökonomischen Studie zu Wirtschaftsakteuren und -strukturen der französischen Gesellschaft von Quesnay 1758 hatten Physiokraten die Oberhand in der öffentlichen Debatte Frankreichs und stießen

consiste dans la pleine liberté de la concurrence«, François QUESNAY, *Maximes générales du gouvernement agricole le plus avantageux au genre humain*, Paris 1767, Maxime XXV.

<sup>37</sup> »L'agriculture, la plus féconde & la plus noble partie de notre commerce, la source des revenus du royaume, n'a pas été envisagée comme le fond primitif de nos richesses; elle n'a paru intéresser que le fermier & le paysan: on a borné leurs travaux à la subsistance de la nation, qui par l'achat des denrées paye les dépenses de la culture; & on a crû que c'étoit un commerce ou un trafic établi sur l'industrie, qui devoit apporter l'or & l'argent dans le royaume«, Art. »grains«, in: *Encyclopédie*, Bd. 7, S. 812.

<sup>38</sup> *Ibid.*, S. 812–831 und Art. »fermes«, *ibid.*, Bd. 6, S. 515, sowie QUESNAY, *Tableau économique*. Zur Idee der Handelsfreiheit siehe auch STOURM, *Les finances*, S. 1–11.

<sup>39</sup> Unter diesen königlichen Edikten befinden sich die *Déclaration pour la circulation des grains dans le royaume en exemption des droits* (Mai 1763), das *Édit du roi concernant la liberté de la sortie et de l'entrée des grains dans le royaume* (Juli 1764) und die *Lettes patentes du roi qui fixent les droits d'entrée et de sortie sur les grains* (Nov. 1764).

überall in Europa auf große Resonanz<sup>40</sup>. Ihre Studien basierten auf Analysen der Gewinn- und Verlustrechnungen zahlreicher Bauernhöfe in unterschiedlichen französischen Regionen. Ihre Ergebnisse verglichen sie mit ähnlichen Studien aus England. Die bekannte, stark merkantilistisch orientierte Wirtschaftspolitik des preußischen Königs in seinen Territorien erklärt sicherlich, weshalb sich die Physiokraten für die dortige Lage nicht besonders interessierten.

Kenntnisse des preußischen Steuer-, Finanz- und Wirtschaftssystems vermittelten aber die vor Ort beobachtenden Diplomaten. 1770 kam aus der Mark Brandenburg und dem Königtum Preußen eine sehr kurze Beschreibung der unterschiedlichen Steuerarten, die in den preußischen Territorien erhoben wurden. Ganz in der Tradition diplomatischer Relationen betonte dieser Bericht eher die Mängel des Systems: Kritisiert wurden nämlich die viel zu hohe Steuerbelastung der Bauern und aller Grundstücke insgesamt sowie die, so wurde vermutet, falschen Empfangsbescheinigungen verschiedener Kassen. Diese würden bei Beitragsdifferenzen aus Angst vor dem König geschönt, damit er seine Intendanten nicht der Untreue verdächtige<sup>41</sup>.

<sup>40</sup> Siehe u. v. a. Anne-Robert-Jacques TURGOT, *Réflexions sur la formation et la distribution des richesses*, o. O. 1788; DERS., *Lettres sur les grains*, o. O. [1771]; François QUESNAY, *Éléments de la philosophie rurale*, Den Haag 1767; Ferdinando GALIANI, *Dialogues sur le commerce des blés*, revus par Grimm et Diderot, London 1770; Paul-Pierre LE MERCIER DE LA RIVIÈRE, *L'intérêt général de l'État, ou la Liberté du commerce des blés, démontrée conforme au droit naturel; au droit public de la France; aux loix fondamentales du royaume; à l'intérêt commun du souverain & de ses sujets dans tous les temps: avec la réfutation d'un nouveau système*, publié en forme de dialogues, sur le commerce des blés, Amsterdam 1770; Pierre-Samuel DUPONT DE NEMOURS, *De l'exportation et de l'importation des grains. Mémoire lu à la Société royale d'agriculture de Soissons*, Paris 1764; DERS., *Physiocratie, ou Constitution naturelle du gouvernement le plus avantageux au genre humain*, 2 Bde., Leyde, Paris 1768–1769; DERS., *Objections et réponses sur le commerce des grains et des farines*, Amsterdam, Paris 1769. Dazu siehe Georges WEULERSSE, *Les physiocrates*, Paris 1931, insbes. S. 10–55.

<sup>41</sup> »[E]ncore ai-je des raisons pour croire qu'on a grossi un peu les objets pour charger les totaux, et éviter les soupçons d'infidélité, si par hasard ces différens renseignements tomboient entre les mains de Sa Majesté«, AMAE MD Prusse 7, ab fol. 61r; »Impositions«, *ibid.*, ab fol. 68r; HARTMANN, *Das Steuersystem der europäischen Staaten*, S. 215–225; Richard BONNEY, *The Limits of Absolutism in Ancien Régime France*, Aldershot 1995, insbes. »Comparative Fiscal Systems on the Eve of Modernity. The French Enquiry of 1763«, S. 61–81; Marcel MARION, *Les impôts directs sous l'Ancien Régime, principalement au XVIII<sup>e</sup> siècle*, Paris 1910, S. 297–302; RILEY, *The Seven Years' War*, S. 48.

### 5.1.2 Liberalisierungsversuche und deren Folgen

Im Gegensatz zum geringen Interesse an Preußen entwickelte sich unter französischen Experten sowie in der interessierten Öffentlichkeit eine richtige Faszination für England. Das Wirtschaftswunder dort begeisterte die französische Öffentlichkeit<sup>42</sup>. Der liberale Aufschwung der 1750er bis 1770er Jahre in Frankreich zeichnete sich durch den bedeutenden Einfluss der Theorien Vincent de Gournays<sup>43</sup> und Quesnays zugunsten der wirtschaftlichen Liberalisierung aus, die sich erstmals am 13. September 1774 im Edikt von Turgot zur Liberalisierung des Getreidehandels äußerte<sup>44</sup>. Während sich zahlreiche Staatsträger, Wirtschaftswissenschaftler sowie die aufgeklärte Öffentlichkeit über die liberalen Thesen stritten<sup>45</sup>, klagte eine revoltierende Menge auf dem Land über die steigenden Getreidepreise infolge der schlechten Ernten der Sommer 1773 und 1774. Mit der Liberalisierung der Binnenwirtschaftswege konnte nun Getreide aus Regionen, die keinen Nahrungsmittelmangel hatten, in die betroffenen Territorien transportiert und dort zu einem höheren Preis verkauft werden.

<sup>42</sup> François CROUZET, *Angleterre et France au XVIII<sup>e</sup> siècle. Essai d'analyse comparée de deux croissances économiques*, in: *Annales ESC* 21 (1966), S. 254–291; DERS., *De la supériorité de l'Angleterre sur la France. L'économique et l'imaginaire, XVII<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècle*, Paris 1985, S. 105–119; Crouzet spricht von einer »tendance à idéaliser la société anglaise« (S. 117). Hinsichtlich der Konkurrenz Englands im wirtschaftlichen Kampf mit Frankreich sieht er eine »véritable obsession« der Franzosen: DERS., *La guerre économique franco-anglaise au XVIII<sup>e</sup> siècle*, Paris 2008, S. 12.

<sup>43</sup> Jean Claude Marie Vincent, Marquis de Gournay (1712–1759), Anhänger der Handelfreiheit mit besonderem Interesse für Wettbewerb, Unterstützung und Schutz der Wirtschaftsakteure. Autor der *Maxime »Laissez faire et laisser passer«*.

<sup>44</sup> 1770 war das letzte Amtsjahr von Choiseul als Minister und markierte zeitgleich das Ende des dauerhaften und unmittelbaren Einflusses der physiokratischen Wirtschaftswissenschaftler auf die Regierung. Nach 1770 existierte die Gruppe der Physiokraten zwar noch weiter, ihre Anhänger blieben jedoch isoliert und relativ wirkungslos: Georges WEULERSSE, *Le mouvement physiocratique en France (de 1756 à 1770)*, Bd. 1, Paris 1910, S. VI. Zu den letzten Physiokraten siehe DERS., *La physiocratie à la fin du règne de Louis XV (1770–1774)*, Paris 1959, sowie DERS., *La physiocratie à l'aube de la Révolution (1781–1792)*, hg. von Corinne BEUTLER, Paris 1984.

<sup>45</sup> Die Zahl der Schriften zur Wirtschaftspolitik stieg während der gesamten zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewaltig: 88 zwischen 1740 und 1749, 363 zwischen 1750 und 1759, 559 zwischen 1760 und 1769, 513 zwischen 1770 und 1779 und 829 zwischen 1780 und 1789. Wirtschaftspresse und Wirtschaftsgesellschaften blühten ebenfalls auf: »*Journal économique*«, »*Journal du commerce et de l'agriculture*«, »*Gazette du commerce*«, »*Journal de l'agriculture, du commerce et des finances*«, »*Ephémérides du citoyen*« sowie u. a. die *Société d'agriculture, de commerce et des arts de Bretagne*, deren Gründung 1756 Vincent de Gournay unterstützte. Siehe Steven L. KAPLAN, *Bread, Politics and Political Economy in the Reign of Louis XV*, Bd. 2, Den Haag 1976, S. 603–613.

Dadurch stiegen die Getreidepreise in ganz Frankreich drastisch an. Eine dramatische Hungersnot drohte den ärmsten Bevölkerungsschichten, was zu weit verbreiteten Volksunruhen auf Märkten führte. Die Stimmung verschlechterte sich, als Gerüchte über Spekulanten, die sogenannten *accapareurs* (Aufkäufer) und *monopolisateurs* (Monopolisierende), zu zirkulieren begannen<sup>46</sup>. Solche Volksreaktionen in Zeiten von Knappheit waren im Ancien Régime üblich<sup>47</sup>. Neu war aber, dass die Regierung und insbesondere der Finanzminister Turgot Anhänger physiokratischer Thesen waren und sich deshalb für die Liberalisierung der Binnenwirtschaftswege einsetzten.

In den nördlichen, östlichen und westlichen Regionen Frankreichs flammten im April und Mai 1775 breite Massenunruhen und Revolten auf, die als *guerre des farines* tituliert wurden und nur mittels einer Kontrolle der Getreidepreise wieder beruhigt werden konnten<sup>48</sup>. Diese Teuerungsproteste, die als Nahrungsrevolten oder Subsistenzunruhen bezeichnet werden, entwickelten sich nun zu einer sogenannten *révolte frumentaire*, die auf eine zugleich soziale und politische Krise hinwies<sup>49</sup>. Die gewaltsame Volksreaktion gegen das liberalisierende Edikt von Turgot entwickelte eine solche Dynamik, weil die neue Regelung als Affront gegen die »moralische Wirtschaft« empfunden und als Angriff gegen das verfassungsrechtliche Prinzip des Königreichs Frankreich interpretiert wurde. Laut diesem hatte der König für die Sicherheit seiner Untertanen und für ihre Lebensmittelversorgung zu sorgen<sup>50</sup>.

Nach eher symbolischen Repressionen und einer fünf Monate dauernden Versorgung und damit Stabilisierung der ärmsten Territorien wurde die Liberalisierung des Getreidehandels aufgegeben. Eine vehemente Kritik am »System der unbegrenzten Freiheit des Getreidehandels« verfasste der Historiker, Diplomat, Ökonom und Philosoph Mably in seiner Schrift »Du commerce des

<sup>46</sup> DERS., *Le complot de famine, histoire d'une rumeur au XVIII<sup>e</sup> siècle*, Paris 1982, S. 9, über Necker als ersten Aufkäufer.

<sup>47</sup> GOUBERT, *L'Ancien Régime*, Bd. 2, S. 82–86.

<sup>48</sup> Jean NICOLAS, *La rébellion française. Mouvements populaires et conscience sociale, 1661–1789*, Paris 2002, S. 253–265.

<sup>49</sup> Darunter sollen kollektive Protestaktionen unterer Bevölkerungsschichten verstanden werden, die infolge von Nahrungsmangel bzw. Teuerung auf die Sicherstellung von Nahrungsansprüchen gegen Besitzende und Obrigkeiten zielten: Michael HECHT, *Teuerungsproteste 1846/47 in Frankreich und Preußen. Vergleichende Untersuchung ihrer Bedingungsfaktoren*, in: *Francia* 30/3 (2003), S. 115–142, Fn. 17.

<sup>50</sup> Louise TILLY, *La révolte frumentaire, forme de conflit politique en France*, in: *Annales ESC* 27/3 (1972), S. 731–757; Cynthia A. BOUTON, *L'»économie morale« et la guerre des farines de 1775*, in: Florence GAUTHIER u. a. (Hg.), *La guerre du blé au XVIII<sup>e</sup> siècle. La critique populaire contre le libéralisme économique au XVIII<sup>e</sup> siècle*, Paris 1988, S. 93–110.

grains«. In dieser sprach er sich gegen die liberale Utopie der Physiokraten aus, insbesondere wegen der bestehenden Gefahr von unterschiedlichen Verkaufspreisen für die ärmsten Regionen und Bevölkerungsschichten. Er befürwortete stattdessen eine Wirtschaft, die durch einen mächtigen, vom König verkörperten Staat kontrolliert würde<sup>51</sup>.

Aufgrund ihrer politisierten Komponente werden die Ereignisse des Jahres 1775 oft als Ausgangspunkt der beginnenden Entzauberung des Königs in den Augen seines Volkes und als schwerwiegender Bruch der heiligen Bindung zwischen dem Monarchen und seinen Untertanen interpretiert<sup>52</sup>. In diesen Unruhen kam das Verlangen nach einer neuen Ernährungsgerechtigkeit zum Ausdruck, die auf Regulierung und einer paternalistischen Einrahmung beruhen sollte. Zeitgleich wurden der Zugang zu Getreide und der gerechte Preis als neue Universalrechte angesehen.

Mit den Brotunruhen verstärkten sich die sozialen Gegensätze innerhalb der französischen Gesellschaft bis hin zu einer Polarisierung zwischen einer kleinen Elitegruppe einerseits, die auch reiche Bauern umfasste, und einer stets ärmer und breiter werdenden Volksmasse andererseits. Durch diese Episode kam die strukturelle Schwäche der französischen Wirtschaft deutlich zum Vorschein. Der neue Typus der Protestbewegung, die damals entstand, wurde ex post als vorrevolutionär bezeichnet. Als im Sommer 1775 die Unruhen endgültig vorbei waren, begannen die französische Regierung und Wirtschaftsexperten wieder mit der Suche nach Modernisierungs- und Verbesserungsmöglichkeiten sowie nach Modellen. Sie orientierten sich aber offensichtlich weiterhin eher Richtung England als gen Preußen<sup>53</sup>.

<sup>51</sup> MABLY, Du commerce des grains, in: DERS., Collection complète des œuvres publiées, Bd. 13, S. 259–261. Florence GAUTHIER, De Mably à Robespierre. De la critique de l'économique à la critique du politique, 1775–1793, in: DIES. u. a. (Hg.), La guerre du blé au XVIII<sup>e</sup> siècle. La critique populaire contre le libéralisme économique au XVIII<sup>e</sup> siècle, Paris 1988, S. 111–144. Mably gilt als einer der Begründer des autonomen politischen Willens, siehe Keith Michael BAKER, A Script for a French Revolution. The Political Consciousness of the Abbé Mably, in: DERS. (Hg.), Inventing the French Revolution, S. 86–106, und Thomas SCHLEICH, Aufklärung und Revolution. Die Wirkungsgeschichte Gabriel Bonnot de Mablys in Frankreich (1740–1914), Stuttgart 1980, S. 30–47.

<sup>52</sup> KAPLAN, Bread, Politics and Political Economy, Bd. 2, S. 659–661, 700f.

<sup>53</sup> Emmanuel LE ROY LADURIE, »Pour un modèle de l'économie rurale française au XVIII<sup>e</sup> siècle«, in: Mélanges de l'École française de Rome. Moyen Âge, Temps modernes 85/1 (1973), S. 7–29, insbes. S. 29, setzt einer französischen Lösung der landwirtschaftlichen Probleme Frankreichs 1789 eine englische entgegen.

## 5.2 Ein Schlüsseljahr inmitten der Reformdekade: 1776<sup>54</sup>

Mit den dramatischen Ereignissen der Hungerkrawalle fiel Turgot im Mai 1776 in Ungnade. Vor ihm hatte bereits der letzte Generalkontrolleur der Finanzen unter Ludwig XV., Joseph-Marie Terray (1715–1778), ein drastisches Reformprogramm durchgeführt, in der Hoffnung, die kritische finanzielle Lage Frankreichs zu verbessern<sup>55</sup>. Zwischen 1769 und 1774 führte Terray zahlreiche Vorschriften ein, durch die sich die Finanzen Frankreichs in der Tat wesentlich verbesserten. Dennoch machten ihn Steuererhöhungen und die Einschränkung besonderer Abgaben (indirekte Steuern, Ämterkauf, Zölle usw.) bei allen – privilegierten oder nicht – Bevölkerungsschichten besonders unbeliebt. Ihm wurde vorgeworfen, wegen seiner Unterstützung der anfänglichen Liberalisierung des Getreidehandels 1770/71 zum »Hungersnotvertrag« (*pacte de famine*) beigetragen zu haben<sup>56</sup>. Sein Spitzname Vide-Goussel<sup>57</sup> spielte auf seine Gier nach Steuergeldern an. Er wurde sogar verdächtigt, den Staat in den Bankrott geführt zu haben.

Von dieser Unbeliebtheit zeugte unter anderem eine witzige Anekdote, in der die Figur des Generalkontrolleurs in Form eines kurzen Gedichts allegorisch als jene eines Räubers skizziert wurde: Ein gewisser Herr de Contamine beschwerte sich eines Tages, dass Terray zur Begleichung der neuen Abgabenlasten zwei seiner Feldhühner gegessen hätte. Interessant an dieser Geschichte ist nicht nur die anekdotische Illustration der schwerwiegenden Betroffenheit der Bevölkerung durch die neue Steuerbelastung, sondern ebenfalls die Tatsache, dass dieses Gedicht 1773 verfasst wurde, gerade als die erste polnische Teilung zwischen Preußen, Österreich-Ungarn und Russland abgeschlossen war und diese in den Versen angedeutet wurde. Das Gedicht lautet nämlich:

M. l'abbé Terrai taille, grapille, rogne,  
 Mais il a bien un autre tic:  
 Il a rêvé qu'il étoit Frédéric,  
 Et mes deux perdrix la Pologne<sup>58</sup>.

<sup>54</sup> BOSHER, French Finances, S. 142–165.

<sup>55</sup> MARION, Histoire financière de la France, S. 248–279.

<sup>56</sup> KAPLAN, Bread, Politics and Political Economy, Bd. 2, S. 160–162.

<sup>57</sup> Was »derjenige, der die Taschen leert« bedeutet; *goussel* bezeichnete eine kleine Kleidertasche, in der vor allem die Taschenuhr getragen wurde.

<sup>58</sup> *Songe de M. le contrôleur général*, in: Jean-Baptiste-Louis COQUEREAU, Mémoires de M. l'abbé Terrai, contrôleur-général contenant sa vie, son administration, ses intrigues et sa chute, Bd. 1, Paris 1777, S. 200.

Terray habe geträumt, er sei Friedrich, und habe aus diesem Grund zwei Rebhühner geraubt, weil er sie für Polen gehalten habe, schrieb Contamine. Hier soll nicht weiter auf die kritischen Äußerungen zum preußischen König eingegangen werden, doch die Bezugnahme an sich ist interessant. Sie belegt eine breite, kritische Kenntnis seiner Handlungen in der französischen Öffentlichkeit. Die Anekdote kann zugleich so interpretiert werden, dass die Solidität der preußischen Finanzen in der französischen Wahrnehmung auch auf kriminelle Methoden zurückgeführt wurde. Gerade dieses schlechte Bild liefert sicherlich eine weitere Erklärung für das mangelnde Interesse am preußischen Finanz- und Wirtschaftssystem.

Im Oktober 1776 wurde an Turgots Stelle der Schweizer Bankier Jacques Necker (1732–1804) zum *directeur du Trésor* und am 2. Juli 1777 zum *directeur général des finances* ernannt<sup>59</sup>. Als Protestant durfte er jedoch nicht im Königlichen Rat sitzen. Dies hinderte ihn nicht daran, von diesem Zeitpunkt an die höchste Finanzverwaltungsinstanz gründlich zu reformieren<sup>60</sup>. Ziel seiner Politik, die er bis zu seinem – temporären – Sturz 1781 verfolgte, war es, den Finanzverwaltungsapparat allein in Händen zu halten. Hierfür schaffte er hemmungs- und furchtlos die privilegierten Ämter der Finanzintendanten ab.

Mit Neckers Nominierung zum Generaldirektor der Finanzen rückten eher politische Erwägungen in den Vordergrund anstelle des bisherigen Konsenses über die dringende Notwendigkeit, das Steuerwesen gründlich und umgehend zu reformieren. Die Steuerfrage wurde immer mehr zu einer politischen Angelegenheit<sup>61</sup>. Somit wurde eine rein technische Betrachtung der Finanzschwierigkeiten im Lande vernachlässigt. Die Politisierung der Steuerfrage führte zum Beispiel zur Gründung von Provinzversammlungen und erreichte ihren Höhepunkt mit der Veröffentlichung des berühmten – verfälschten – Rechenschaftsberichts vom 19. Februar 1781 durch Jacques Necker<sup>62</sup>. Von diesem Datum an scheint das Interesse des Publikums an wirtschaftlichen Fragen nachgelassen zu haben; langsam wurde die zukunftsorientierte Vision einer möglichen Verbesserung der Finanzlage aufgegeben. An ihrer Stelle konstatierte man in allen

59 Über die unterschiedlichen Urteile zur Person und Tätigkeit Neckers während seiner Amtszeit siehe BOSHER, *French Finances*, S. 142–145.

60 ANTOINE, *Le cœur de l'État*, S. 503–561.

61 Trotz der Dringlichkeit, die Finanzen zu reformieren, bedrohte eine grundlegende Änderung des Systems die Basis der französischen Monarchie selbst, die auf der Ungleichheit von Ständen, Staaten und Provinzen sowie auf dem Respekt vor Tradition, Gewohnheiten, Privilegien und Freiheiten beruhte; GOUBERT, *L'Ancien Régime*, Bd. 2, S. 148–151.

62 *Compte rendu au roi par M. Necker, directeur général des finances, au mois de janvier 1781*, <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k851249h.texteImage>.

Staatsbereichen eine stark reaktionäre Haltung, die sich auch im Edikt von Ségur vom 22. Mai 1781 im Militärbereich zeigte.

Im Finanzbereich schienen nach den Misserfolgen von Turgot und Necker neue Reformen nicht mehr möglich zu sein. Die bedeutenden Änderungen, die während der letzten fünf Jahre eingeführt worden waren, wurden schnell rückgängig gemacht und der Status quo ante trat wieder ein<sup>63</sup>. Die oligarchische Elite, bestehend aus den höchsten Finanzintendanten, erhielt ihre vorherigen Privilegien und ihre besondere Position wieder. Auch das Kollegialitätsprinzip wurde wieder eingeführt. Die Ämterkäufligkeit der Finanzintendanten, die Necker 1777 abgeschafft hatte, wurde wieder eingesetzt und die Verwaltung der öffentlichen Gelder erneut privatisiert und einflussreichen Finanziers überlassen<sup>64</sup>. Deshalb betrachtet die Historiografie Neckers Nachfolger als reaktionäre Minister; das waren Jean-François Joly de Fleury (21. Mai 1781– März 1783)<sup>65</sup>, Henri-François de Paule Lefèvre d'Ormesson (29. März–3. Nov. 1783) sowie Calonne (3. Nov. 1783–10. Apr. 1787)<sup>66</sup>. Ab 1781 begann eine Phase der Steuerfortschrittsfeindlichkeit, die durch neue Sorgen politischer Art gekennzeichnet war. Unter dem andauernden Einfluss der Physiokraten entwickelte sich langsam die Idee, dass die politische und die ökonomische Sphäre separat voneinander betrachtet werden sollten, woraus der Begriff der politischen Ökonomie entstand<sup>67</sup>.

Welche Rolle spielte Preußen in diesem Kontext, sofern es überhaupt eine hatte? Auch wenn sich die damaligen Aufmerksamkeitsbezeugungen bezüglich der friderizianischen Finanzorganisation als dürftig erweisen, lassen sich in diesen Jahren, gerade als die französische Regierung und ihre höchsten Amtsträger mit schwierigen Binnenreformen beschäftigt waren, Zeugnisse finden, die auf ein anhaltendes Interesse an der preußischen Staatsorganisation verweisen. Im Jahre 1777 verfasste der erste *commis* des Generalkontrollleurs Clément

63 ANTOINE, *Le cœur de l'État*, S. 559–561.

64 Zum Unterschied zwischen *Ferme générale* und *Régie générale* sowie zu weiteren Reformen, die Necker 1777–1781 zur Zentralisierung und Professionalisierung der hohen Finanzverwaltungsinstitutionen einführte, siehe die detailreiche Studie von Aline LOGETTE, *La Régie générale au temps de Necker et de ses successeurs (1777–1786)*, in: *Revue historique de droit français et étranger* 60/4 (1982), S. 415–445.

65 MARION, *Histoire financière de la France*, S. 338–346.

66 ANTOINE, *Le cœur de l'État*, S. 536. MARION, *Histoire financière de la France*, S. 350–414.

67 Arnaud DECROIX, *Question fiscale et réforme financière en France (1749–1789)*. Logique de la transparence et recherche de la confiance publique, Aix-en-Provence 2006, S. 321. Dazu siehe auch Philippe GILLES, Jean-Pierre BERLAN, *Économie, Histoire et genèse de l'économie politique*. Quesnay, Turgot et Condorcet, Say, Sismondi, in: *Revue économique* 42/2 (1991), S. 367–394.

## 5. Das »merkantile« Preußen

Charles François de L'Averdy (1724–1793), genannt Brunet, einen Bericht über Brandenburg-Preußen<sup>68</sup>. L'Averdy leitete seine Schrift mit einem Porträt des preußischen Königs ein und widmete sich anschließend zahlreichen Fragen zur Staatsorganisation, zur Verwaltung der preußischen Territorien, zum Handel, zur Wiederausfuhr ausländischer Stoffe, zu Salinen, zum königlichen Staatshaushalt, seinen Einkommen und Ausgaben sowie Fragen zum Militär, u. a. zur Infanterie, Artillerie, Hauptoffizieren, Pflege der Uniformen, Ausrüstung der Truppen und Festungen. Dieser umfangreiche Bericht endete mit einer Tabelle zu allgemeinen Militärkosten und jenen der Kavallerie. Obwohl diese Studie mit der traditionellen Sorgfalt und detailreichen Präzision diplomatischer Berichte verfasst worden war, scheinen diese »preußischen« Kenntnisse im französischen Finanz- und Wirtschaftsbereich keine besondere Aufmerksamkeit erlangt zu haben.

### 5.3 Die offizielle Untersuchung des preußischen Steuersystems, 1763–1764

Während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich die Debatte um den Getreidepreis und eine Liberalisierung des Handels nach englischem Modell weiter. Daran beteiligt waren physiokratische Autoren wie Gournay<sup>69</sup>, François Véron de Forbonnais (1722–1800)<sup>70</sup>, Claude-Jacques Herbert (1700–1758)<sup>71</sup>, Quesnay, Turgot<sup>72</sup> und der Abbé Morellet. Die Anhänger der Theorie des *doux commerce* von Montesquieu<sup>73</sup> prägten den damaligen ökonomischen Diskurs mit ihrer Präferenz für landwirtschaftliche Fragen. In dieser stark phy-

<sup>68</sup> Électorat de Brandenbourg et royaume de Prusse, 1777, AMAE MD Prusse 7, fol. 171r–181r.

<sup>69</sup> Vincent DE GOURNAY, Observations sur l'Examen, in: François Véron Duverger DE FORBONNAIS, Examen des avantages et des desavantages de la prohibition des toiles peintes, Marseille 1755, S. 72–90. Auch als Übersetzer spielte er eine wesentliche Rolle, u. a. von Josias CHILD, Traités sur le commerce et sur les avantages qui résultent de la réduction de l'intérêt de l'argent. Avec un petit traité contre l'usure, par le chevalier Thomas Culpeper, traduits de l'anglois par Vincent DE GOURNAY, Amsterdam, Paris 1754. Simone MEYSONNIER, Vincent de Gournay (1712–1759) et la »balance des hommes«, in: Population 45/1 (1990), S. 87–112.

<sup>70</sup> François Véron Duverger DE FORBONNAIS, Elemens du commerce, 2 Bde., Leyde 21754.

<sup>71</sup> Claude-Jacques HERBERT, Essai sur la police générale des grains, Berlin 1755.

<sup>72</sup> TURGOT, Éloge de Vincent de Gournay, in: DERS., Œuvres, Bd. 1, S. 595–623.

<sup>73</sup> MONTESQUIEU, De l'esprit des lois, 4. Teil, Buch XX, Kap. 2: »Des lois dans le rapport qu'elles ont avec le commerce considéré dans sa nature et ses distinctions«.

siokratisch geprägten Debatte fand eine breit angelegte Untersuchung der europäischen Wirtschafts- und Steuersysteme Europas, und daher auch des preußischen Systems, statt.

Das Interesse der französischen Regierung am preußischen Wirtschaftssystem entstand zunächst aus ganz konkreten kommerziellen Gründen. Im Hinblick auf mögliche zukünftige Handelsverträge wurden die französischen Gesandten in Berlin seit den 1740er Jahren damit beauftragt, sich genau über die wirtschaftliche Situation Preußens zu informieren. Zu diesem Zweck erhielt der Gesandte in Berlin (1750–1752), Richard-François Talbot, Comte de Tyrconnel (1710–1752), im Jahre 1752 von Außenminister Saint-Contest einen detaillierten Fragenkatalog, der dazu dienen sollte, die ökonomische Situation zielgerichtet und präzise im Hinblick auf die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit dem Königreich zu untersuchen<sup>74</sup>. Wegen Tyrconnels Tod in Berlin am 12. März 1752 musste das Unternehmen ergebnislos abgebrochen werden. Die finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs nach dem Siebenjährigen Krieg aber zwangen das Finanzministerium, ähnlich wie das Kriegsministerium, Reformpläne zur Sanierung seiner Staatskassen zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurde unmittelbar nach Kriegsende im Zeitraum von 1763 bis 1768 eine offizielle Enquete über alle Steuersysteme der europäischen Staaten durchgeführt, die durch ihre einmalige Tragweite, Vielfalt und Gründlichkeit noch heute als eine besonders moderne Pionierarbeit betrachtet wird<sup>75</sup>.

Gerade diese Jahre zeichneten sich durch den Versuch einer Liberalisierung aus, die von einem starken Tandem getragen wurde, bestehend aus Choiseul und L'Averdy<sup>76</sup>. Der damalige Außenminister, César-Gabriel, Marquis de Choiseul, später Duc de Praslin<sup>77</sup>, folgte in dieser Frage seinem Cousin Choiseul, der zu dieser Zeit Kriegs- und Marineminister geworden war. Dies spricht für die intensive Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen. Im Namen des Generalkontrolleurs der Finanzen, zunächst Bertin und ab dem 13. Dezember L'Averdy, forderte Choiseul-Praslin im November 1763 die sich vor Ort

<sup>74</sup> EXTERNBRINK, Friedrich der Große, S. 52–56.

<sup>75</sup> HARTMANN, Das Steuersystem der europäischen Staaten, S. 11–17. Zuvor wurde der Finanzintendant Chauvelin vom vorherigen Generalkontrollleur Bertin beauftragt, eine Liste aller Münzen Europas zu erstellen, um ihren Gold- und Silbergehalt festzustellen und ihren Wert im französischen Münzwesen zu bemessen. Praslin trug als Außenminister zur erfolgreichen Realisierung dieser Enquete bei, indem er den französischen Gesandten beauftragte, sich vor Ort bei den besten Währungskontrollleuren zu informieren und die gesammelten Informationen mit weiteren Details nach Versailles zu senden.

<sup>76</sup> Joël FÉLIX, Finances et politique au siècle des Lumières. Le ministère L'Averdy, 1763–1768, Paris 1999.

<sup>77</sup> César-Gabriel de Choiseul-Praslin, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten vom 12.10.1761 bis 10.4.1766.

## 5. Das »merkantile« Preußen

befindenden Vertreter des diplomatischen Apparats auf, schriftliche Untersuchungen zu den Steuersystemen der Staaten Europas anzufertigen<sup>78</sup>. Der Finanzintendant, Moreau de Beaumont, wurde mit der Auswertung der über eine Dauer von fünf Jahren zugesandten Memoranden beauftragt, deren Ergebnisse er 1768 veröffentlichte<sup>79</sup>. Außer aus Russland bekam er aus fast allen Ländern wertvolle Informationen zurückgesandt. Die ausführlichen Memoranden der berichtenden Diplomaten, die in diesem Projekt für die französische Regierung die Rolle wichtiger Wissensvermittler spielten, lieferten einen informativen, realistischen Überblick über die Steuerprobleme, mit denen europäische Staaten damals konfrontiert waren.

Moreau Beaumont interessierte sich dabei besonders für die Finanzen Österreichs<sup>80</sup> und zahlreicher Reichsterritorien wie Westfalen sowie für jene der Staaten und neuen Territorien unter preußischer Herrschaft. Seine Expertise in diesem Bereich brachte ihm ein so hohes Ansehen ein, dass noch ca. 20 Jahre später eine Zusammenfassung seiner Ausführungen als Basis für den Artikel in der »Encyclopédie méthodique« fundierte, deren drei Bände 1787 erschienen waren<sup>81</sup>. Jean-Louis Moreau de Beaumont gehörte nämlich zu den bedeutendsten Finanzexperten seiner Zeit. Er wurde mit Lefèvre d'Ormesson Zeuge der »Revolution«, die 1777 mit der Ankunft Neckers an der Spitze der Staatsfinanzen Frankreichs stattfand<sup>82</sup>. Unter anderem zeichnete sich diese bedeutsame Umwälzung durch die Zweiteilung des Amtes des Generalkontrollieurs in eine politische und eine administrative Abteilung aus, ebenso durch die

78 MARION, *Histoire financière de la France*, S. 226–247.

79 Jean-Louis MOREAU DE BEAUMONT, *Mémoires concernant les impositions et droits en Europe*, 5 Bde., Paris 1787.

80 Somit setzte Moreau de Beaumont eine Untersuchung fort, die unter dem ehemaligen Generalkontrollleur Bertin und unter Mitwirkung der französischen Gesandten an den deutschen Höfen sowie in Wien zur Anfertigung von Denkschriften zum Handel und allen möglichen Handelsgesetzen dienen sollte. Langfristiges Ziel der französischen Regierung war es, Material für die Gründung einer *bibliothèque des finances* zu sammeln. Diese sollte ein Archiv bilden, aus dem Material zur Legitimation königlicher Reformen geschöpft werden könnte. Darüber hinaus bemühte sich Bertin, der den Physiokraten nahestand, eine Reform des Zollwesens durchzuführen; siehe EXTERNBRINK, *Friedrich der Große*, S. 54; ANTOINE, *Le cœur de l'État*, S. 448.

81 Art. »Prusse (finances du royaume de)«, in: *Encyclopédie méthodique. Finances*, Bd. 3, S. 405–417.

82 MARION, *Histoire financière de la France*, S. 291–337, 347–350; Françoise MOSSER, *Les intendants des finances au XVIII<sup>e</sup> siècle. Les Lefèvre d'Ormesson et le »département des impositions« (1715–1777)*, Genf 1978; STOURM, *Les finances*, S. 182–252.

Abschaffung aller Finanzintendanten und durch die Gründung eines *comité contentieux des finances*<sup>83</sup>.

Noch mehr als die detaillierten Erklärungen zu verschiedenen Typen von Steuern und Zöllen in den preußischen Territorien, die in diesen Texten hervorstechen, frappt die kontinuierliche Suche – die bis zum Ausbruch der Französischen Revolution andauerte – nach vereinfachten Mitteln und vor allem nach einer effizienten Methode zur gerechten Verteilung der erdrückenden Steuerlast auf mehrere Köpfe<sup>84</sup>: »On a pris, au surplus, toutes les précautions qu'on a cru propres à prévenir l'inégalité de la répartition du droit de contribution, dans les États du roi de Prusse«<sup>85</sup>.

Die Vergleichsanalyse, die Moreau de Beaumont 1768 publizierte, hatte in dieser Angelegenheit 20 Jahre später nichts an Aktualität verloren. Im Vorwort der Enquete wurde nämlich besonderer Wert auf Informationen zu allen Steuertypen, die in Europa auftraten, über die Art und Weise, wie Steuern festgelegt und eingeholt wurden, und über das Finanzsystem insgesamt gelegt. Ein Vergleich dieser Informationen mit der steuerlichen Verwaltung in Frankreich sollte deren Vor- und Nachteile hervorheben. Schlussendlich sollte er dazu dienen, neue Kriterien zur Festlegung und zur, je nach Bereich der öffentlichen Finanzen, bestadaptierten Erhebungsmethode der Steuern vorzuschlagen<sup>86</sup>. Diese Fragen wurden deswegen besonders stürmisch debattiert, weil eine Reform des Erhebungsmodus der Steuern herkömmliche Privilegien anzugreifen drohte. Im Gegensatz zur bisher dominierenden Lehre, nach der Reichtum und Kraft eines Staates auf der Größe der Gold- und Silberbestände beruhten, setzten sich Liberalismustheoretiker zunächst mit Steuerabzug und -wiederaufteilung auseinander und beschäftigten sich dann mit Fragen nach dem Nettoproduct, der Entstehung von Reichtum und der staatlich verwalteten Erhebung.

Das Ministerium von L'Averdy sorgte aber nicht nur für eine neue Finanzpolitik, sondern stieß eine allgemeine Reflexion und Diskussion darüber an, wie man ein Finanzsystem etablieren könne, das den Kapitaleinsatz in Landwirtschaft, Handel und Manufakturen förderte. Diese Politik sollte langfristig eine

83 Aline LOGETTE, *Quelques nouvelles sources pour l'administration des finances à la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle*, in: *Revue historique de droit français et étranger* 47/4 (1969), S. 408–429.

84 Zu den wesentlichen Änderungen des Steuersystems nach 1789 siehe Mireille TOUZERY, *L'invention de l'impôt sur le revenu. La taille tarifée, 1715–1789*, Paris 1994, S. 359–394.

85 Art. »Prusse (finances du royaume de)«, in: *Encyclopédie méthodique. Finances*, Bd. 3, S. 407.

86 AN Affaires étrangères K 879, N. 1: *Mémoires, avertissements*, fol. 3–4; Moreau de BEAUMONT, *Mémoires*, Bd. 1, 1768.

neue Art von Reichtum erzeugen und die neue, allgemeine, auf dem Bodeneigentum basierende Steuererhebung rechtfertigen. Die Steuerfrage bildete daher einen festen Bestandteil einer allgemeinen Reflexion hinsichtlich der Erzeugungsquellen des Staatsreichtums zum Ausgleich für dessen Ausgaben bzw. Schulden. Die Debatte dieser Zeit war von einem deutlichen Liberalisierungsgeist geprägt, selbst innerhalb des Ministeriums.

Auch aus diesem Grund beschäftigte sich Moreau de Beaumont – den Spuren Bertins folgend – mit der Vorbereitung eines allgemeinen Katasters für Frankreich, das schließlich mit dem Edikt vom April 1763 beschlossen wurde<sup>87</sup>. Ziel dieses neuen und noch vage definierten Katasters war es, eine maximale Gleichheit bzw. eine gerechte Aufteilung der Steuerbelastung unter den privaten Steuerzahlern zu erreichen und die Abgaben deshalb nach Wert und Erträgen der Immobiliengüter zu bemessen<sup>88</sup>. Um dieses Gesamtkataster, das alle Immobiliengüter des Königreichs Frankreich inklusive der Privilegien registrieren sollte, zu konstituieren, richtete Bertin einen Fragebogen an die *commissaires* in den französischen Provinzen, in dem er sie aufforderte, zur Aufzählung und Schätzung jener Güter beizutragen<sup>89</sup>. Die Antworten der Provinzintendanten betonten fast alle das Problem der existierenden Privilegien. Obwohl die Realisierung des Katasters zunächst aufgegeben wurde, nutzte Moreau de Beaumont die gesammelten Informationen beider Enqueten, um konzise Memoranden zu verfassen, die eine Antwort auf die Finanzprobleme Frankreichs geben sollten. Ludwig XV. beabsichtigte sogar, eine spezielle Kommission zu gründen, vor der Moreau de Beaumont seine Berichte vortragen und erläutern sollte. Nach der Begutachtung hätten sie so als Basis für die weitere Reflexion über mögliche Reformprojekte des französischen Steuerwesens dienen können. Diese Idee blieb aber ohne Folgen und die dringend nötigen Reformen in diesem Bereich wurden aufgegeben<sup>90</sup>.

Trotz der scheinbar unüberwindbaren Schwierigkeiten, auf die seine Reformpläne stets stießen, interessierte sich der Generalkontrolleur L'Averdy

<sup>87</sup> TOUZERY, *L'invention de l'impôt sur le revenu*, S. 156–166.

<sup>88</sup> FÉLIX, *Finances et politique*, ab S. 272.

<sup>89</sup> Dies erklärt, weshalb die öffentliche Meinung zu Beginn des Jahres 1765 ein Kataster trotz der zahlreichen Bedenken wegen der vielen auch finanziellen Schwierigkeiten befürwortet zu haben scheint; FÉLIX, *Finances et politique*, S. 286.

<sup>90</sup> HARTMANN, *Das Steuersystem der europäischen Staaten*, S. 24. Dennoch sind die Memoranden beider Untersuchungen in der königlichen Druckerei des Louvre auf Anweisung Ludwigs XV. gedruckt und veröffentlicht worden. Eine zweite Auflage wurde 1787 in der Druckerei des Châtelet mit dem von Poullin de Viéville konzipierten Sachregister publiziert. 1789 kam ein weiterer, ebenfalls von Poullin de Viéville verfasster Zusatzband hinzu; MOREAU DE BEAUMONT, *Mémoire concernant les impositions et droits*. Gabriel ARDANT, *Histoire de l'impôt*, Bd. 2, Paris 1972.

leidenschaftlich für die internationale Untersuchung, die Moreau de Beaumont leitete und deren Informationsfluss er bis 1768 koordinierte<sup>91</sup>. Die Publikation der gesammelten Berichte enthielt im Vorwort eine einleuchtende Formulierung von L'Averdys Intention bezüglich dieser internationalen Inventare: Er suche nicht nach dem perfekten Steuersystem, erklärte er, sondern nach passenden Mitteln zur Minderung der existierenden Laster und Missbräuche, denn sie ganz abzuschaffen sei leider nicht möglich<sup>92</sup>. Sein Ziel war dementsprechend nicht der Umsturz des gesamten alten Steuerwesens, sondern das Finden von Reform- und Verbesserungsstrategien. Vor der Finanzkommission sollten daher unterschiedliche ausländische Steuertypen erläutert und gründlich diskutiert werden, um als Inspirationsquelle für mögliche Reformen zu dienen. Die ausgewählte Besteuerungsart und -methode sollten dann an das schon existierende traditionelle französische Steuersystem angepasst werden. Dennoch war L'Averdys sehr bewusst, dass die stellvertretend für alle privilegierten Amtsträger in der Finanzkommission sitzenden Magistrate keiner Reform zustimmen würden, die ihre steuerliche Sonderstellung gefährden könnte.

Angesichts des explosiven Widerstandspotentials gegen die Regierung, insbesondere die Frage der Steuerprivilegien betreffend, bestand L'Averdys Taktik darin, die Finanzkommission zu beruhigen. Deshalb hob er bei der Darstellung der jeweiligen ausländischen Systeme vor allem ihre Schwächen und Fehler hervor: Weil alle anderen Systeme so unbefriedigend seien, gebe es ja keinen Grund, sie zu imitieren und das herkömmliche französische aufzugeben. Joël Félix, der die Zeit des Ministeriums von L'Averdys gründlich untersucht hat, schildert dessen jahrelang durchgeführte, regelmäßige Präsentation der Ergebnisse als ein speziell für die Finanzkommission gedachtes Amusement<sup>93</sup>. Der Minister soll stets, wie auch im obigen Beispiel, versucht haben, die Magistrate davon zu überzeugen, dass die Haltung des Finanzministeriums eine eher konservative war, die nur mit einem Hauch von egalitärem Reformismus gefärbt war. So sollten die Anwesenden als Partner und nicht als Gegner der Regierung gewonnen werden. Denn für die finanziellen Schwierigkeiten der Monarchie hatte man immer noch keine Lösung gefunden<sup>94</sup>.

Der besonders heftige Binnenkonflikt über Finanzreformfragen, in denen die Regierungsorgane gegen die ständische Magistratur opponierten, erklärte

<sup>91</sup> Zu L'Averdys Reform 1768 siehe TOUZERY, *L'invention de l'impôt sur le revenu*, S. 167–250. Zur Funktion und Bedeutung des Generalkontrollieurs während der gesamten französischen Monarchie siehe Henri DE JOUVENCEL, *Le contrôleur général des finances sous l'Ancien Régime*, Paris 1901.

<sup>92</sup> FÉLIX, *Finances et politique*, S. 287f.

<sup>93</sup> *Ibid.*, S. 288.

<sup>94</sup> *Ibid.*, S. 289.

den Misserfolg, ja sogar die Nutzlosigkeit der Auseinandersetzung mit ausländischen Modellen. Eine komparative Studie setzt nämlich immer eine nötige Offenheit voraus. Diese ist grundlegend für die Bereitschaft zu einer Reflexion hinsichtlich der eventuellen Adaptation eines Konzepts oder einer Idee zum Zweck der Verbesserung der eigenen Situation. Diese Voraussetzung war aber in den Jahren nach dem Siebenjährigen Krieg unter den konservativen Angehörigen des Amtsadels überhaupt nicht gegeben. Der während der letzten Dekaden des 18. Jahrhunderts zunehmend verschärfte Konflikt zwischen Monarchie und Magistratur war stattdessen geprägt von einem sich verengenden, nationalen Blick der Debattenträger.

Das preußische Steuersystem wurde zwar im Rahmen der erwähnten Enquete von Moreau de Beaumont und L'Averdy von den sich vor Ort befindenden Diplomaten studiert und auch der Kommission präsentiert, doch die gesammelten Informationen spielten keine Rolle in der internen Debatte der Steuerreformen. Dieser Mangel an Interesse, der so im Gegensatz zur Neugier der französischen Offiziere am preußischen Militär stand, lässt sich unter anderem durch den Abbruch offizieller diplomatischer Beziehungen seit 1756 erklären, der noch über den Frieden von Hubertusburg 1763 hinaus anhielt. Bis 1768 gab es in Berlin keinen französischen Gesandten. Erst fünf Jahre nach Kriegsende wurde der Comte, später Duc de Guines von Ludwig XV. zu seinem offiziellen Vertreter in Berlin ernannt<sup>95</sup>. Aufgrund der unregelmäßigen Korrespondenz zwischen Versailles und Berlin in dieser Zeit lässt sich nicht rekonstruieren, wer damals als Beobachter des dortigen Steuerwesens vor Ort fungierte. Das Fehlen eines offiziellen, professionellen Beobachters könnte zudem erklären, warum der Bericht wenig informativ und im Vergleich mit anderen Schriften sehr kurz ist<sup>96</sup>. Das mangelhafte Interesse für das preußische Steuerwesen lag offensichtlich nicht an Preußen selbst als Untersuchungsobjekt, sondern allein an der höchst angespannten Konfliktlage zwischen den französischen Akteuren im Finanzbereich.

Das Steuersystem in den preußischen Territorien scheint jedoch einige Beobachter interessiert zu haben. Diese versuchten vor allem zu erklären, weshalb unmittelbar nach dem für Frankreich so kostspieligen Krieg die wirtschaftliche Lage Preußens nicht so beeinträchtigt zu sein schien wie die seiner Gegner. In einem anonymen Dokument des Jahres 1763 wunderte sich ein französischer Besucher in Berlin darüber, wie in den Territorien des preußischen Königs mit einer solchen Sparsamkeit in der Finanzverwaltung eine so beachtliche Armee, solch kostspielige Häuser, Manufakturen und Einrichtungen

<sup>95</sup> Recueil des instructions, Bd. 16, Prusse, S. 471–476. Erst 1772 hatte Frankreich wieder dauerhaft einen Vertreter in Berlin.

<sup>96</sup> HARTMANN, Das Steuersystem der europäischen Staaten, S. 219.

gepflegt und unterhalten werden könnten<sup>97</sup>. Der unbekannte Berichterstatter ließ sich aber von der scheinbar geringen Beeinträchtigung der preußischen Finanzen durch den letzten Krieg nicht täuschen. Dass allein die neue Währung, die Friedrich II. seit kurzer Zeit in Umlauf gesetzt habe, es ihm ermöglicht haben sollte, seine Staatskassen wieder aufzufüllen, schien zu unwahrscheinlich; der Verfasser verdächtigte Friedrich implizit, seine Münze zu fälschen<sup>98</sup>. Die scharfsinnige Kritik des Berichterstatters verrät den Blick eines Experten. Die darauffolgende, detailreiche Analyse der Finanzverwaltung des preußischen Monarchen, der in seinen Augen die Kontrolle aller Wirtschaftsbereiche allein in seinen Händen konzentrierte, zeugt ebenfalls davon<sup>99</sup>. Was den Beobachter darüber hinaus besonders beeindruckt zu haben scheint, war die gute Organisation aller Bereiche der Staatsgeschäfte<sup>100</sup>. Hier ging es weniger um die Darstellung spezifischer Merkmale des preußischen Finanzwesens; der

97 »L'économie dans l'administration des finances est si bien établie dans les États du roi de Prusse, que je reviens de mon étonnement qu'avec si peu de revenu, on puisse entretenir une armée si considérable, des maisons si dispendieuses, des manufactures, des établissements, qui encore tout à charge à l'État emportent de très grandes sommes«, Royaume de Prusse. Du gouvernement, 1763, AMAE MD Prusse 7, fol. 51r–56v.

98 »Car il a été exigé de ces mêmes sujets depuis le courant de la dernière monnaie que le roi seroit payé en bon argent, ou de donner 45% à la recette de la mauvaise par lui établie. Ces considérations font trop frappantes pour ne point voir la dernière ressource dont ce prince s'est servi par la nécessité de fournir aux grandes dépenses de guerre; car comme je le démontrerai la guerre lui coûte plus qu'à toute autre nation plus de dégâts, moins d'ordre dans les subsistances, plus de désertion, mais moins de générosité. C'est ce qui a fait faussement croire que la guerre coûtoit moins à ce prince qu'à toute autre nation«, *ibid.*, fol. 51v.

99 »Je viens de donner une idée nette de la manière dont le roi de Prusse fait percevoir les deniers par le moyen des chambres que chaque province a dans son chef lieu, et en mêmes chambres par le moyen d'un bourgemaître pour les villes et du bailli pour les campagnes pour les contributions ordinaires et capitation. Quant aux accises et autres droits par les moyens des préposés que la chambre tient en régie tous les comptes sont rendus au roi tous les mois après avoir été vérifiés par la grande chambre de la chancellerie; de cette manière S. M. dans deux heures voit le travail d'un mois, augmente et diminue selon les besoins de l'État«, *ibid.*, fol. 55r.

100 »Quoiqu'il n'y ait aucun département dans les États du roi de Prusse, chaque affaire est dans l'ordre et l'ensemble qu'elles doivent avoir. La chancellerie où sont comprises les affaires de l'intérieur de l'État tant pour les domaines de la Couronne que pour les revenus et rapports; le grand consistoire qui est du même ressort et la chambre souveraine pour juger en dernier ressort les affaires civiles et criminelles. La chambre des guerres qui a pour président ou ministre un officier général consommé dans le métier et le détail de cet État qui a pour assesseur quatre conseillers généraux et huit commissaires. Les affaires étrangères sont confiées à un ministre qui reçoit journallement de S. M. les ordres qu'il a à [exécuter] eu égard aux ministres étrangers et affaires extérieures«, *ibid.*, fol. 55r–v.

anonyme Schreiber hob vielmehr die außergewöhnliche Funktionalität der allgemeinen Struktur der königlichen Staatsverwaltung hervor<sup>101</sup>. Für ihn war die sparsame, penibel geführte Finanzpolitik Friedrichs das Erfolgsrezept für die hervorragende finanzielle Gesundheit seines Landes. Im Sinne der strikt merkantilistischen Finanzpolitik des Königs war der Binnen- und Transithandel innerhalb der Territorien eine bedeutende Einnahmequelle für seine Staatskasse. Friedrich II. hatte bereits früh die geografischen Vorteile seiner Territorien als Transitländer für den Ost-West- und den Süd-Nord-Handel im östlichen Mitteleuropa auf Land- und Wasserwegen erkannt<sup>102</sup>. Weil in Preußen der fiskalische Nutzen vor dem Verlangen nach mehr Handelsfreiheit, die zu dieser Zeit in Frankreich sowie überall in Europa diskutiert wurde, immer Vorrang hatte, hielt Friedrich an seiner Zollpolitik und insbesondere an seinen oft unrentablen Binnenzöllen fest, bis sie 1805 abgeschafft wurden<sup>103</sup>. Deshalb konnte seine Haltung in diesem Bereich den Eindruck erwecken, dass er die neuen wirtschaftlichen Theorien seiner Zeit ignorierte<sup>104</sup>. Trotz der begeisterten Beschreibungen zeigte sich der Berichterstatter jenem System gegenüber eher kritisch oder zumindest skeptisch<sup>105</sup>.

Letztendlich wurde in diesem Bericht nichts Nützliches und Nutzbares für die französische Finanzlage erwähnt, im Sinne eines möglichen Weges, den es sich zu berücksichtigen gelohnt hätte, um eine Lösung für die bestehenden Schwierigkeiten zu finden. Hier schien vielmehr die Kritik an den scheinbar gesunden, tatsächlich aber geschwächten Binnenfinanzen den Ton anzugeben. Somit scheint sich die oben erwähnte Verschleierungsstrategie von L'Averdy

101 »Administration des domaines et impositions. Domaines. Description des domaines: »Il est inconcevable à quel point l'économie est poussée dans cette partie; les détails sont innombrables et quoi que les domaines de Sa Majesté soient par proportion peu considérables, il est certain que tout est prévu et il seroit impossible d'ajouter rien à cette administration. [...] En général on voit par ces détails combien Sa Majesté a su simplifier les perceptions des fonds et c'est suivant ce prince, la pierre philosophale du système des finances«, *ibid.*, fol. 67r–v.

102 Die letzte zollpolitische Neuerung Friedrichs war die Umstellung der Zollzahlung an Rhein, Maas, Weichsel, Pregel und Memel auf Gold im Sept. 1784, BLASTENBREI, *Der König und das Geld*, S. 80.

103 RACHEL (Hg.), *Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens*, S. 140f.

104 Diese Kritik von Mittenzwei wird von Blastenbrei korrigiert: Ingrid MITTENZWEI, *Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie*, Berlin <sup>4</sup>1987, S. 115f.; BLASTENBREI, *Der König und das Geld*, S. 78.

105 »Il est certain que par ce moyen fort simple, le roy a détruit absolument le luxe, mais l'industrie y a terriblement perdu, et la circulation du numéraire est si petite que le tort qui en résulte pour le commerce ne peut pas se calculer. Ce qu'il y a de certain, c'est qu'il n'y a absolument que sur les objets de première nécessité que les marchands et les fabriquans peuvent établir leurs profits«, AMAE MD Prusse 7, fol. 67v.

vor den Magistraten der Finanzkommission hier nochmals zu bestätigen. In keiner dieser wenigen Zeilen zum preußischen Finanzwesen wurde auch nur ein einziges Mal das dortige System als ein denkbar mögliches Modell angedeutet.

### 5.4 Wahrnehmung der friderizianischen Krise

Im letzten Regierungsjahr Friedrichs II. 1786 wurden Notizen über die preußischen Staaten an das Außenministerium geschickt, in denen sich der anonyme Autor mit diversen Aspekten der Staatsorganisation, zahlreichen Details zu Ausgaben und Kapazitäten des Militärs, mit dem Steuersystem und dessen Rentabilität, der Kultur- und der Manufakturförderung sowie mit einer Gesetzgebungsreform beschäftigte<sup>106</sup>. Trotz der Würdigung der bisherigen Preußenkönige durch den unbekanntenen Verfasser waren seine Aussagen nicht ohne kritische Anmerkungen. Er hob zum Beispiel hervor, dass der übertriebene Kontrolldrang des preußischen Verwaltungsstils eher zu Verzettelung als zu Effizienz führte<sup>107</sup>. Die Veränderung des preußischen Finanzsystems wurde wahrgenommen, aber ihre Bedeutung stark relativiert: Die zuständigen französischen Finanziers seien mittelmäßig und ihre Neuerungen misslängten deshalb in der Regel<sup>108</sup>. Kritisiert wurden die dortigen Sitten<sup>109</sup> und der respektlose Umgang mit Religion<sup>110</sup>. Dennoch wurde im Bericht abschließend gelobt, dass das Land trotz der Verwüstungen des Krieges dichter besiedelt, kultivierter und reicher sei als zuvor. Ob glücklich oder nicht, der Preuße sei in jedem Fall stolz

106 Note sur les États du roi de Prusse, *ibid.*, fol. 261r–265r.

107 »En fait d'administration, ce prince se livre à des détails qu'il pourroit s'épargner, et sa correspondance minutieuse, trop chargée, tombe souvent dans des contradictions«, *ibid.*, fol. 265r.

108 »La plupart des changements opérés dans les finances a été traitée et dirigée par des financiers français d'un talent médiocre, plusieurs de ces innovations n'ont réussi et il existe une grande différence entre les sommes que paye le peuple et celles qui entrent dans les coffres du roy. Nous avons fait connoître combien le commerce est gêné et mal-traité malgré la protection apparente«, *ibid.*

109 »Quiconque connoit l'Allemagne sait que les États du roy de Prusse sont le pays de l'Empire où les mœurs sont moins pures et quand un roy est si puissant, les loix et l'exemple lui donnent tant de moyens qu'on peut lui reprocher les vices de son peuple«, *ibid.*

110 »Ce prince a marqué mépris pour la religion, un des plus fermes soutiens des trônes, mais l'expérience et la réflexion l'ont engagé à respecter les autels et aujourd'hui tout soldat est libre de choisir entre le catholicisme et le protestantisme, mais est obligé de rendre un culte au dieu des chrétiens«, *ibid.*, fol. 265r–v.

darauf, einen so ruhmreichen König zu haben und sein Untertan zu sein, behauptete der Berichterstatter<sup>111</sup>.

Ähnliche Kritik ließ sich auch in der damaligen preußischen Presse lesen: Die Zeitschrift »Der deutsche Zuschauer« (1785–1789), die sich der Besprechung politischer und religiöser Vorgänge widmete, veröffentlichte ein Jahr früher eine harte Beurteilung der Finanzlage Preußens: »[E]s sind Mängel, die nicht im System liegen, sondern durch die Gebrechen der königlichen Bedienten und menschliche Schwachheiten veranlasst werden«<sup>112</sup>. Verfasser war Peter Adolph Winkopp (1759–1813), Benediktinerpater und Herausgeber der Zeitschrift. Seine intensive Auseinandersetzung mit diversen Aspekten der Finanzverwaltung veranlasste ihn, die Situation in Preußen besonders hart zu kritisieren. Er kam nach einer detaillierten Schätzung der Kosten für das Funktionieren des Staates zu dem Ergebnis, dass das Defizit chronisch und vor allem auf den Erhalt der starken preußischen Armee zurückzuführen sei. In der Tat bildeten Militär, Finanzen und Friedrichs Machtpolitik ein untrennbares Trio, auf dem die proklamierte Stärke des preußischen Staates und dessen angeblicher finanzieller Erfolg beruhten. So hatte es der König selbst 1776 in seinem »Exposé du gouvernement prussien« im Rahmen seines politischen Testaments erläutert<sup>113</sup>. Während seiner Regierungszeit kamen ca. 75 Prozent aller Staatseinnahmen mittelbar oder unmittelbar seiner Armee zu. Diese Summe reichte schon in der zweiten Hälfte der 1780er Jahre nicht mehr zur Deckung der Militärkosten.

Die deswegen notwendig gewordenen Sparmaßnahmen erklärten die Verschlechterung der Rekrutenauswahl, die Überalterung der Offiziere, die unzureichende Pferdeernährung und die Verringerung großangelegter Übungen. Das waren Punkte, die später als Hauptgründe für die militärischen Niederlagen der preußischen Truppen gegen die napoleonischen angegeben wurden<sup>114</sup>. Diese Finanzorganisation zeugte zugleich von der Struktur eines Militärstaates,

<sup>111</sup> »Cependant, malgré ses erreurs et des fautes, toutes les actions publiques de ce prince sont inspirées par de grandes vues, ont un caractère imposant et des résultats brillants et heureux. La justice est plus exactement rendue sans les états du roy de Prusse qu'elle ne l'était avant lui; ses états, ravagés par la guerre, sont plus peuplés, plus cultivés, plus riches qu'ils n'ont jamais été, et le Prussien heureux ou malheureux a la gloire de son roy et s'enorgueillit d'être son sujet«, *ibid.*, fol. 265v.

<sup>112</sup> *Der deutsche Zuschauer* 1 (1785), S. 179f., zit. nach Tristan COIGNARD, *L'apologie du débat public. Réseaux journalistiques et pouvoirs dans l'Allemagne des Lumières*, Bordeaux 2009, S. 178.

<sup>113</sup> *Die politischen Testamente der Hohenzollern*, hg. von Richard DIETRICH, Köln, Wien 1986, S. 710.

<sup>114</sup> MITTENZWEI, *Friedrich II. von Preußen*, S. 199–201; Christopher DUFFY, *Friedrich der Große und seine Armee. Epochen der Weltgeschichte*, Stuttgart 2009, S. 196f.

wie es öfter betont wurde. Kernstück der finanziellen Absicherung Preußens war nämlich der Kriegsschatz, den Friedrich schon von seinem Vater gut gefüllt geerbt hatte. Im Gegensatz zu den stets wachsenden Akzisentarifen blieb die Besteuerung der ländlichen Güter sicherlich zwecks Aufrechterhaltung der altständigen Sozialstruktur des Landes bis zum Katastrophenjahr 1806 unangetastet. Die Staatseinkünfte, Akzisen, Zölle und Münzen belasteten entgegen den Prinzipien der physiokratischen Lehre alle nichtagrarischen Bereiche der preußischen Gesellschaft wie Staatswirtschaft, Konsum und Handel.

Ausgehend von der insgesamt verschlechterten Finanzlage Preußens stellte der Publizist des »Deutschen Zuschauers« eine offensichtliche Verarmung der preußischen Bevölkerung fest, derer sich der König noch nicht einmal bewusst sei: »Der König glaubt, daß seine Untertanen nicht verarmen, aber es geschieht doch hin und wieder; es entstehen eine Menge inexigible Reste, die man verschweigt, aus anderen Kassen überträgt, und die daraus entstandenen Defekte bei irgendeinem glücklichen Zufall ergänzen zu können hofft«<sup>115</sup>. Nicht die vorhandenen politischen Strukturen, sondern die strukturelle Situation Preußens, insbesondere der demografische Zuwachs sowie die fortwährenden Bemühungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der neuen Untertanen in den eroberten Territorien, könnten einige Schwächen im Regierungsvorgehen erklären. Die divergenten Interessen der unterschiedlichen Provinzen des Königreiches machten nämlich eine provinzübergreifende, kohärente Politik schwierig. Obwohl Winkopp in diesem Artikel des »Deutschen Zuschauers« ein eher positives Gesamturteil der finanziellen Situation Preußens fällte, war sein Bericht sehr nuanciert. Hinter den lobenden Worten für den König schien der Autor doch Friedrich II. für die schwierige Situation in seinen Territorien verantwortlich zu machen.

Die französischen Berichte dieser Zeit zeigen, dass die Regierung in Versailles über die krisenhafte Stimmung in Berlin und in den preußischen Territorien gut informiert war. Viele Berichte zeugen von Erwartungen, die schon vor dem 17. August 1786 bei der Machtübernahme des neuen Königs laut wurden. Einer der Berichte, die die preußische Erleichterung über den Tod Friedrichs II. in Frankreich bekannt machten, waren die 1787 in Utrecht veröffentlichten »Lettres secrètes sur la constitution politique de Prusse depuis l'avènement de Frédéric Guillaume II au trône«<sup>116</sup>. Der Verfasser erzählte von einer inneren Unterdrückung, einer Beklemmung, die in Jubel umschlug, als die Einwohner Preußens den neuen König begrüßten. Am Ende der Regierungszeit Friedrichs II. seien Steuerbelastungen derart gestiegen und Monopole so mächtig geworden, dass die landesweite Erleichterung nach seinem Tode nicht verwun-

115 Der deutsche Zuschauer 1 (1785), S. 169.

116 AMAE MD Prusse 7, fol. 272r–281v.

dern könne. Laut Verfasser wäre die Situation ganz anders gewesen, wenn einige Individuen den König nicht allein ihren Privatinteressen folgend und demzufolge fehlerhaft informiert hätten. Besonders wichtig sei daher, dass sich der neue König Friedrich Wilhelm II. mit guten, erfahrenen und vertrauenerweckenden Ministern umgebe<sup>117</sup>.

Die Aufmerksamkeit der französischen Beobachter scheint sich während der ersten Regierungsjahre des neuen Königs intensiviert zu haben. Jean-Louis Moreau de Beaumont publizierte im Jahre 1787 eine neue Ausgabe seiner Abhandlungen über Steuersysteme in Europa und somit auch des preußischen, die einige Jahre zuvor als Vorlage für den Artikel über Preußen in den Bänden zu den Finanzen der »Encyclopédie méthodique« gedient hatte<sup>118</sup>. Moreau de Beaumont zeichnete erneut ein eher positives Bild des preußischen Steuersystems. Wegen der effektiven Kontrolle der beteiligten Akteure hatte er keine wesentlichen Missbräuche zu bemängeln<sup>119</sup>. Was im Artikel der Enzyklopädie zum Finanzwesen Preußens auffällt, ist die Betonung der Kontrollinstanzen. Diese hätten es Friedrich ermöglicht, sich ein genaues Bild von der Finanzverwaltung all seiner Provinzen zu machen. Die Aufmerksamkeit, die dem Oberdirektorium gewidmet wurde, spiegelte dabei die Probleme des französischen Steuersystems wider<sup>120</sup>. Auch mit den Änderungen, die nach 1766 im Zuge der bedeutenden preußischen Finanzreformen eingeführt worden waren, beschäf-

117 »C'étoit une oppression intérieure qui faisoit éclater ces cris de joie qui au fond ne vouloient rien dire que vive longtemps notre roi, s'il veut être le père de ses peuples! Car avec toutes les grandes qualités qui étoient devenus le partage des Frédéric's, cependant sur la fin de son règne, le poids des impôts s'étoit considérablement augmenté et les monopoles étoient devenus successivement si pressants qu'il n'y avoit aucun miracle que le public soupirât après un soulagement que même ce souverain si grand en toute autre chose lui auroit sûrement procuré si l'intérêt de différents particuliers n'avoit pas trouvé son compte à lui présenter l'état des affaires sous un faux jour. [...] La suite montrera jusqu'à quel point Frédéric Guillaume II répondra au vœu de son peuple. Et la ville est pleine de ses bienfaits qu'il a faits à tous ceux qui s'approchent de lui, il ne renvoie personne sans l'entendre, et prend toutes les requêtes de ses propres mains. [...] Le bien et le mal des sujets dépendent du choix que le monarque fait de ses conseillers. On se réjouit donc à bon droit que le roi ait donné sa confiance illimitée au ministre de Hertzberg, car la plus grande partie du peuple le révère, comme un homme prévoyant, politique et expérimenté«, *ibid.*, fol. 273r.

118 Art. »Prusse (finances du royaume de)«, in: *Encyclopédie méthodique. Finances*, Bd. 3, S. 405–417. Siehe die Biografie von Moreau de Beaumont, in: HARTMANN, *Das Steuersystem der europäischen Staaten*, S. 22.

119 MOREAU DE BEAUMONT, *Mémoires concernant les impositions et droits*, Bd. 1, S. 76f.

120 »Jusqu'à cette époque le grand-directoire avoit été le tribunal suprême des finances: sous le feu roi, M. de Grumbkow en étoit l'âme, il lui donnoit l'impulsion & l'acti-

tigte sich der Artikel ausführlich. Was hier besonders hervortrat, war ein deutlich spürbares Vertrauen in die Güte des Herrschers. Ihm wurde letztendlich als größter Fehler sein schlechtes Personal und seine Blindheit diesen Betrügern gegenüber vorgeworfen; denn jedes Mal, wenn der König von Beschwerden in Kenntnis gesetzt worden sei, meinte der Verfasser, habe er sie berücksichtigt und stets versucht, seine Interessen mit jenen seiner Untertanen in Einklang zu bringen<sup>121</sup>. In allen französischen Berichten wurde allerdings die besonders hohe Steuerbelastung hervorgehoben, unter der die preußischen Untertanen beinahe zusammenzubrechen drohten. D'Esterno, der 1788 zum *chargé d'affaires* in Berlin ernannt wurde, erwähnte diese in einem Brief vom 6. Dezember desselben Jahres<sup>122</sup>. In keiner dieser Darstellungen erschien die preußische Wirtschafts- und Finanzorganisation als mögliches Vorbild für Frankreich, obwohl insgesamt ein überwiegend positives Bild eines relativ gut funktionierenden Systems entstand.

## 5.5 Mirabeau zur preußischen Wirtschaftsorganisation

Wie wir bereits gesehen haben, zielte die intensive Beschäftigung Mirabeaus mit dem preußischen Staat häufig mehr darauf ab, die Zustände in Frankreich als die in Preußen zu kritisieren, die vor allem als Spiegelbild oder Projektionsfläche dienten. Preußen war dementsprechend eine Art Vorwand oder Mittel

vité, & ce ministre rendoit compte au roi de toutes les opérations. Après sa mort ce collègue conserva son pouvoir; mais il fut divisé entre les différens membres qui le composoient. Chaque ministre eut un département distinct, & des conseillers pour travailler sous lui. Quoique les affaires se référassent au collège assemblé, chaque ministre rendoit compte ensuite directement au roi, de la partie qui lui étoit confiée. Les chambres de guerre & des domaines représentent, dans les provinces, le grand-directoire; elles dirigent, sous son autorité, toutes les parties de finances; elles reçoivent & font exécuter ses ordres, & lui rendent compte de leurs opérations. [...] Au moyen de ces deux états, le roi peut voir d'un coup-d'œil l'augmentation ou la diminution de ses revenus, & les épargnes à verser dans son trésor«, art. »Prusse (finances du royaume de)«, in: Encyclopédie méthodique. Finances, Bd. 3, S. 410.

<sup>121</sup> Ibid., S. 411f.

<sup>122</sup> »Le prix du sel vient d'être augmenté d'un tiers. On vient de mettre à 4 écus d'acise par mesure sur le bois qui se brûle à Berlin, et cela le 1<sup>er</sup> décembre dans un climat tel que celui-ci. Les droits sur le vin, sur le café sont augmentés. Le mécontentement est extrême dans tous les États. Si cela n'annonce pas une guerre prochaine dans laquelle les recouvrements seroient difficiles, ce seroit une déprédation bien condamnable puisque les revenus du roi de Prusse étoient déjà plus que suffisants pour sa dépense et même pour l'augmentation annuelle du trésor«, Brief von d'Esterno, 6.12.1788, AMAE CP Prusse 209, fol. 303r-v.

## 5. Das »merkantile« Preußen

für Mirabeaus Plädoyer zugunsten einer liberalen physiokratisch inspirierten Wirtschaftslehre. In diesem Kontext erklärt sich auch die scharfe Auseinandersetzung Mirabeaus mit La Haye de Launay, der zwei Jahrzehnte lang die Königlich-Preußische General-Accise- und Zoll-Administration leitete, die 1766 nach dem Modell der französischen *Régie générale* gegründet wurde (deshalb auch Regie genannt).

### 5.5.1 Mirabeaus Urteil über Wirtschaft und Finanzen in Preußen

Mit der Hilfe Mauvillons beschäftigte sich Mirabeau gründlich mit der Wirtschafts- und Finanzorganisation in den verschiedenen Territorien des Königreichs<sup>123</sup>. Das Ziel seiner detaillierten Untersuchung bestand explizit darin, zu beweisen, dass sich Friedrich II. gravierend geirrt habe, indem er die physiokratischen Prinzipien ignoriert habe<sup>124</sup>. Mirabeau dagegen beanspruchte, die Grundlagen des physiokratischen Systems zu erklären, das die Freiheit von Menschen und Gütern als die einzige Regierungskunst anerkenne, und verteidigte so die Wirtschaftstheorie<sup>125</sup>.

In seinen einleitenden Anmerkungen zur Landwirtschaft erklärte Mirabeau seine intensive Beschäftigung mit der Agrarwirtschaft Preußens einerseits damit, dass Ackerbau und Landwirtschaft es ermöglichten, die von der Natur – sozusagen per Zufall – vergebenen günstigen Bedingungen eines Volkes zu kennen und zu wissen, wie diese glücklichen Umstände am besten zu nutzen seien. Andererseits sei die Beschäftigung mit der Agrarwirtschaft die Voraussetzung dafür, die Kräfte und Existenzgrundlagen eines Volkes aufzudecken. Solch eine Betrachtung ermögliche es, den Wohlstand eines Landes – hier war natürlich Preußen gemeint – einzuschätzen. Für seine Analyse orientierte sich Mirabeau an der von der Regierung erstellten Import- und Exporttabelle. Schon in der Einleitung trat seine liberale Einstellung hervor: In einem freien Land sei

<sup>123</sup> MIRABEAU, *De la monarchie prussienne*, Bd. 2 (Landwirtschaft), Bd. 3 (Manufakturen und Wirtschaft), Bd. 4/1 (Einnahmen und Ausgaben). Im Anhang von Band 6 befinden sich die Schriften des Leiters der preußischen Regie, La Haye de Launay, und Mirabeaus kritische Kommentare dazu.

<sup>124</sup> Zu dieser Frage soll aus der älteren Literatur der Beitrag von Schmoller erwähnt werden, der die Kompetenz des Franzosen und seines Mitarbeiters bestritt, und die Kritik von Mirabeau und Mauvillon als Anklage gegen das friderizianische System mit dem »Fanatismus« der physiokratischen Doktrin kennzeichnete: Gustav SCHMOLLER, *Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs des Großen und Preußens überhaupt von 1680–1786*, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* 8/1 (1884), S. 1–61, insbes. S. 2–4.

<sup>125</sup> MIRABEAU, *De la monarchie prussienne*, Bd. 2, S. 54f.

der Waren- und Güterexport ein erkennbares Zeichen von Überfluss, da nur Überflüssiges ins Ausland fließe<sup>126</sup>.

Darauf folgte – für jede Region und für jedes Territorium – ein detailliertes Inventar der Elemente, die zur Landwirtschaft gehörten und zu deren Erfolg beitrugen: Klima, Qualität der Böden, Vieh, Gemüsesorten, Wolle liefernde Tiere, Schweinefleisch, Bienen, Holz, Seide, Fischerei, Mineralien, Wasser, Wälder usw. Inmitten dieser detailreichen Studie warf der von seinem Vater physiokratisch geprägte Mirabeau immer wieder Einwände ein, die gegen die systematische staatliche Förderung von Manufakturen gerichtet waren: Die staatliche Protektion habe zur schädlichen Vernachlässigung der Landwirtschaft geführt<sup>127</sup>.

Im Anschluss an diese Kritik widmete sich Mirabeau den preußischen Manufakturen<sup>128</sup>. Sein Ziel sei es dabei nicht, diese Branche zu entmutigen, sondern gute Prinzipien herauszuarbeiten, die ihr als Fundament dienen könnten oder bereits dienten. Der Graf plädierte zunächst für die Gründungsfreiheit großer sowie kleiner Manufakturen und in diesem Sinne dafür, dass Zünfte und Körperschaften jeglicher Art abgeschafft werden sollten. Das einzige Mittel, um Betriebe aufblühen zu lassen, sei allein die Freiheit: der Industrie, der Menschen, der Materialien und des Handels<sup>129</sup>. Im Laufe seiner Ausführungen kritisierte Mirabeau immer wieder Monopole, die als königliches Machtinstrument zur Steuerung des Handels in den Territorien dienten, sowie Exklusivprivilegien, Exportverbote, hohe Steuern sowohl auf Werk- und Rohstoffe als auch auf Fertigprodukte, eine verschwenderische staatliche Förderungspolitik, die Manufakturen mit Geld statt sinnvollerweise mit Werkzeug und Rohstoffen fördere, und schließlich Produktionsstörungen in den großen Fabriken<sup>130</sup>.

Darauf folgte, ebenfalls nach Territorien geordnet, die Analyse der dort angesiedelten Manufakturen und damit der strategischen Wirtschaftsprinzipien, die Friedrich II. während seiner Regierungszeit verfolgt hatte. Nun aber

126 Ibid., S. 52f.

127 Ibid., S. 106–112; zur historischen Bedeutung der friderizianischen Reformpolitik in der Landwirtschaft siehe Margarete WAGNER-BRAUN, Institutionelle Reformen in der Landwirtschaft. Erste Schritte in eine neue Wirtschaftsordnung, in: SÖSEMANN, VOGT-SPIRA (Hg.), Friedrich der Große in Europa, Bd. 1, S. 378–394.

128 MIRABEAU, De la monarchie prussienne, Bd. 3, S. 1–247.

129 Ibid., S. 2–6.

130 Ibid., S. 7–27; zur Bedeutung friderizianischer Reformen im Wirtschaftsbereich siehe Philipp Robinson RÖSSNER, Das friderizianische Wirtschaftsleben – eine moderne Ökonomie, in: SÖSEMANN, VOGT-SPIRA (Hg.), Friedrich der Große in Europa, Bd. 1, S. 395–410.

wurde Mirabeaus Urteil zur Situation in Ostpreußen besonders hart: »Elle n'a que des manufactures languissantes, et une culture médiocre«<sup>131</sup>.

Zu Beginn seines Unterkapitels zu Pommern erklärte Mirabeau, dass die sehr detaillierte Liste aller Manufakturen und aller Berufe einer Region und eines Landes deshalb eine ganz besondere Aufmerksamkeit verdiene, weil ein solcher Informationstypus besonders geeignet sei, um sich ein präzises Bild zu Zivilisation, Industrie, Lebensstandard und Charakter der Einheimischen zu machen. Mittels einer solchen Liste könne nämlich ein erfahrener Beobachter die Konsumgewohnheiten unterschiedlicher Länder miteinander vergleichen und durch die komparative Studie den nationalen Charakter der jeweiligen Verbraucher besser kennenlernen<sup>132</sup>. Für Mirabeau illustrierte das Panorama aller in einer bestimmten Region ausgeübten Berufe die Entwicklungsstufe jener Gegend<sup>133</sup>.

Immer wieder tauchten in den detailreichen, statistischen, trockenen Ausführungen – unter anderem zu den reichen Stoffverarbeitungsmanufakturen Schlesiens<sup>134</sup> – vehemente, an die Regierung gerichtete Appelle zugunsten einer Liberalisierung auf<sup>135</sup>, die typisch für den späteren großen Redner der Französischen Revolution werden sollten<sup>136</sup>. In der Tat erweise sich das vom König verordnete Monopol als besonders kontraproduktiv, denn es verhindere nicht, dass die Bevölkerung eher die schöneren und qualitativ besseren Stoffe aus dem Ausland kaufen wolle, und stoppe auch den regen Schmuggel nicht<sup>137</sup>. Mirabeau deutete abschließend an, dass die vorgelegten Ergebnisse der wahren

131 MIRABEAU, *De la monarchie prussienne*, Bd. 3, S. 40.

132 »Rien n'est plus propre, ce semble, à nous donner une juste idée de la civilisation, de l'industrie, du genre de vie et du caractère des habitans d'un pays, qu'une pareille liste. [...] Un observateur français, ou de quelque pays que ce soit, s'il a des notions pareilles sur les provinces d'un autre État, pourra faire des comparaisons justes sur les différences des consommations, qui indiquent celles du caractère national, dont elles sont à-la-fois effets et causes«, *ibid.*, S. 45.

133 *Ibid.*, S. 63.

134 *Ibid.*, S. 92–109.

135 »O ministres! cessez donc une fois d'imaginer qu'il vous soit possible de savoir mieux mes affaires des hommes que vous gouvernez, qu'ils ne les savent eux-mêmes, et laissez chacun acheter et vendre comme il l'entend. Ne cherchez pas un autre moyen de voir fleurir toutes les classes des sujets, car vous ne les trouverez jamais«, *ibid.*, S. 84.

136 Honoré-Gabriel Riquetti DE MIRABEAU, *Der Redner der Revolution. Reden, Briefe, Schriften*, hg. und übers. von Horst GÜNTHER, Frankfurt a. M. 1989.

137 »[L]e produit des fabriques prussiennes est loin de suffire à la consommation d'étoffes qui se fait dans l'intérieur du royaume: on peut avancer hardiment que la contrebande fournit un bon tiers de ces étoffes. Le peuple est d'autant plus avide de s'approvisionner d'étoffes étrangères, qu'elles sont moins chères, plus belles et meilleu-

Situation nicht entsprechen, weshalb man den offiziellen Zahlen grundsätzlich kein Vertrauen schenken sollte<sup>138</sup>.

Immer wieder warf Mirabeau dem früheren König Friedrich II. vor, die Handelsfreiheit behindert, die Landwirtschaft vernachlässigt und zu viele Verbote und Sonderregelungen, zum Beispiel bezüglich der Handelstätigkeit der Juden, eingeführt zu haben<sup>139</sup>. Abschließend lobte er die Leinenmanufakturen, weil sie in seinen Augen die volle Beschäftigung der gesamten Bevölkerung sicherten<sup>140</sup>.

In einem weiteren Unterkapitel setzte sich Mirabeau mit dem Handel auseinander und plädierte auch in diesem Bereich für den kompletten Rückzug der Regierenden<sup>141</sup>. Alles sei vom Handel abhängig. Das Geld sei zwar Handelsmittel, solle aber nur zirkulieren und nicht gierig angesammelt werden, wie besonders Friedrich II. es fälschlicherweise getan habe<sup>142</sup>. Hier entwickelte Mirabeau sein Pamphlet gegen die merkantilistische Handelspolitik, die in zahlreichen Ländern Gesetz war<sup>143</sup>.

res que celles que le monopole veut le contraindre d'acheter», MIRABEAU, *De la monarchie prussienne*, Bd. 3, S. 132.

138 »Tous ces faits prouvent qu'on ne montre pas cette partie telle qu'elle est; il est donc impossible d'accorder de la confiance aux résultats présentés comme authentiques. Il y a seulement deux faits palpables: le premier, c'est que le roi de Prusse ne soutient les manufactures de soie qu'à force de bienfaits, soit continuels comme la prime, soit extraordinaires comme les dons de maisons et de capitaux. Le second, c'est que ce genre de fabriques n'est pas aussi considérable qu'on nous le dépeint, car les calculs même qu'on nous offre sont en contradiction avec les autres données qui devraient en former la base«, *ibid.*, S. 140.

139 »Quel avantage immense qu'un moyen si facile, si infaillible de procurer la subsistance à tout un peuple, d'employer tous les momens perdus de la vie; de rendre utile jusqu'aux vieillards, jusqu'aux vieilles femmes, jusqu'aux enfans, jusqu'aux foibles, jusqu'aux infirmes; de fournir aux êtres les plus déshérités de la nature, une subsistance fondée sur leur travail! Quel bienfait de préserver tout un pays de l'oisiveté, et des maux qui marchent à sa suite!«, *ibid.*, und S. 180: »Ah! 34 000 écus employés à un objet d'agriculture, auroient certainement plus profité à la monarchie prussienne, que ces primes, et ces réglemens, et ces privilèges exclusifs, et cette activité fiscale«.

140 *Ibid.*, S. 205.

141 »Considérations générales sur le commerce. Les gouvernements ont deux grandes affaires très-capables d'occuper toute leur attention: celle de maintenir l'ordre et la justice parmi leurs sujets. À ces deux vastes occupations est subordonné, comme moyen, le recouvrement des deniers qu'elles exigent, et la dispensation de ces deniers. Tout le reste est étranger à l'administration, et doit être laissé à l'industrie particulière«, *ibid.*, S. 248.

142 *Ibid.*, S. 250.

143 *Ibid.*, S. 252.

## 5. Das »merkantile« Preußen

Mirabeau fokussierte seine Aufmerksamkeit auf den Handel in Preußen, wo seiner Meinung nach die Theorie sichtbare Früchte erbracht hatte. Die Bereicherung eines Händlers habe mit jener seines Landes nichts zu tun: Ein Land sei nämlich reich, wenn seine Einwohner einen offensichtlichen Wohlstand genössen; im Gegensatz dazu sei ein Händler reich, wenn er viele Waren in seinem Lager habe, die er zu einem guten Preis verkaufen könne<sup>144</sup>. Darauf baute der Physiokrat sein Plädoyer zugunsten der Landwirtschaft auf<sup>145</sup>. Um den Binnenhandel zu fördern, sollten daher die Binnenzölle auf allen Verkehrswegen – Straßen, Häfen, Flüssen und Kanälen – abgeschafft werden<sup>146</sup>. Darauf folgte eine Auflistung aller Import- (Zucker, Kaffee, Tee, Hering, Metalle, Baumwolle, Seide)<sup>147</sup> und Exportgüter (Leintücher, Wolle, verarbeitete Baumwoll- und Seidenstoffe, Getreide, Salz), deren Monopole u. a. an diverse Familienbetriebe vergeben werden würden. Auch hier behauptete Mirabeau, dass vom Staatsminister Hertzberg zur Verfügung gestellte Berichte mit Zahlen über die exportierten Waren sowie die darin geschilderte Situation in den preußischen Provinzen falsch seien<sup>148</sup>.

Als Ergebnis seiner Untersuchungen erklärte Mirabeau, dass viele Probleme Wirtschaft und Landwirtschaft behinderten: Knechtschaft, Frondienst, unzählige direkte und indirekte Steuern und allgemein die fehlenden Verkaufsfreiheit. Abgesehen vom Stoffhandel und der ländlichen Produktion Ost- und Westpreußens habe die preußische Monarchie deshalb nur einen sehr schleppenden Handel. Zudem leide das Königreich darunter, dass die Einwohner wie

144 »Et c'est ici que l'agriculture montre bien sa supériorité sur toutes les autres branches d'industrie. Elle seule [...] fournit à l'homme toutes les jouissances naturelles, tout ce qui lui est vraiment nécessaire pour être heureux. C'est donc à l'agriculteur qu'il faut donner la plus grande attention, et ce n'est qu'autant que le commerce sert à la faire fleurir, qu'il est vraiment d'un grand prix. Si une classe peu nombreuse d'hommes a su s'emparer des terres, et qu'elle envoie les productions au dehors, elle vendra jusqu'au nécessaire des autres classes. Alors le commerce sera brillant, et le pays pauvre. Telle est la Russie, telle est la Pologne. Ce n'est donc pas le commerce extérieur qui est le thermomètre de la prospérité des nations: c'est la distribution des terres et de leurs productions; c'est en un mot le commerce intérieur, d'après lequel il faut juger du bien-être d'un peuple. Une nation pourroit être très-heureuse, et même immensément riche, sans que ses exportations et ses importations montassent à la valeur d'un écu«, *ibid.*, S. 258.

145 *Ibid.*, S. 259f.

146 *Ibid.*, S. 262–269.

147 *Ibid.*, S. 277–337.

148 *Ibid.*, S. 338–343.

Kinder von einem zu autoritären Vater behandelt werden würden<sup>149</sup> und der Güterverkehr nicht frei zugelassen sei<sup>150</sup>.

In einem weiteren Kapitel widmete sich Mirabeau der Analyse der Einnahmen und Ausgaben des preußischen Königs<sup>151</sup>. Einleitend warnte er seine Leser bereits vor, dass es unmöglich sei, sich ein genaues Bild über die dortigen Finanzen zu machen, denn diese seien von Friedrich II. selbst streng geheim gehalten worden<sup>152</sup>. Mit derselben Genauigkeit wie zuvor begann Mirabeau seine weiteren Ausführungen zunächst mit einer Klassifizierung seiner Untersuchungsobjekte: Er unterschied zwischen den Domänen einerseits und den Steuern andererseits. Hierbei unterteilte er beide Kategorien wiederum in zwei Bereiche: Die Steuern gliederte er in direkte und indirekte Steuern, bei den Domänen unterschied er zwischen staatlichen Landbesitzen, die dem König als Landesfürst persönlich gehörten, und Regalien wie dem Münzwesen, der Post, Bergwerken und Wäldern, die er – theoretisch zumindest – für seinen Staat leiten und verwalten sollte<sup>153</sup>.

Nach einem kurzen Exkurs zur Art und Weise, in der preußische Könige neue Domänen erworben und somit ihre Herrschaftsterritorien vergrößert hätten, fügte Mirabeau noch einige Worte zur verfassungsrechtlichen Organisation des Königreichs Preußen hinzu (u. a. zu Hoheitsrechten, lehnsrechtlichen Verbindungen zwischen Lehnsherrn und Lehensmännern, zur Verwaltung der Erb-

149 »Sur tout le reste, les sujets prussiens sont dans le cas de ces enfants auxquels un père très-rigide ne permet pas la moindre récréation: ils font leurs affaires en cachette; ils se permettent mille petites contraventions, dont une sur cent parvient à la connoissance du père, qui alors punit sévèrement: cependant le enfans en courent les risques pour ne pas vivre absolument privés de tout plaisir. Les sujets du roi de Prusse font de même par rapport au commerce; ils transportent leurs denrées au-dehors comme ils peuvent; ils tirent de l'étranger les denrées qu'on les oblige d'acheter trop cher chez eux, grâce aux gênes imposées par les lois fiscales«, *ibid.*, S. 385f.

150 »Comment l'agriculture fleuriroit-elle dans un pays où le cultivateur n'ose vendre, ni ses grains, ni ses bestiaux, ni les laines, ni les peaux, ni même les os et les cornes de ses animaux? le commerce prospérerait-il dans un pays où tout est soumis au monopole, ou peut y être soumis chaque jour? l'industrie s'élèverait-elle dans un pays où, dès qu'elle s'établit, elle obtient des privilèges d'achat, de vente, et des secours d'argent du souverain, et se voit tourner violemment sur des objets auxquels la nature se refuse, au détriment de ceux qu'elle appelle?«, *ibid.*, S. 478f.

151 Zu den Finanzen des friderizianischen Staates siehe Florian SCHUI, »Friedrich der Schwache«? Ein König im Spiegel seiner Steuerpolitik, in: SÖSEMANN, VOGT-SPIRA (Hg.), Friedrich der Große in Europa, Bd. 1, S. 411–426; zur Geld und Währungspolitik siehe Hans-Jürgen Gerhard, Die Geld- und Währungspolitik, *ibid.*, S. 427–447.

152 MIRABEAU, De la monarchie prussienne, Bd. 4/1, S. 1.

153 *Ibid.*, S. 2.

## 5. Das »merkantile« Preußen

güter und der Vogteien)<sup>154</sup>. Seine Kritik an der in den Vogteien organisierten Knechtschaft führte ihn dazu, für das in England angewandte System zu plädieren. Dort seien die Landbesitze in kleine Teile gespalten, die es den Bauern ermöglichten, Eigentümer ihres Landstückes zu werden. Eine ähnliche Operation in Preußen würde zur Vermehrung der dortigen Bevölkerung führen, der drückenden Fronarbeit ein Ende setzen und die indirekten Einkommen des Königs sowie die Pachtsummen aus seinen Territorien steigern<sup>155</sup>.

Das Münzwesen sei in Preußen ein schreckliches Durcheinander: Die Fürsten würden nämlich jeden Anlass nutzen, um den Wert ihrer Münzen zu fälschen. Außerdem trage die Vielfalt der Münzen mehr zum Glück der Münzfälscher als dem der ehrlichen Bevölkerung bei. So sei es schon während des Dreißigjährigen und Siebenjährigen Krieges gewesen<sup>156</sup>. Da jeder Fürst und jede Freistadt das Recht habe, eigene Münzen zu schlagen, herrsche völliges Chaos. Alle versuchten, sich zu bereichern; die Fürsten hätten zu diesem Zwecke zahlreiche Verträge, Abkommen usw. untereinander abgeschlossen. Innerhalb dieser Vielfalt habe das königliche Geld einen besonders schlechten Ruf: Der Friedrichsdor sei unbeliebt und der durch den König stets geänderte Wert der Livre trage ebenfalls nicht zur Stabilität und Sicherheit des Handels bei. Darüber hinaus übte Mirabeau harte Kritik an der Münzpolitik Friedrichs II., der das korrupte, undurchsichtige Währungssystem dazu benutzt habe, seinen Untertanen gnadenlos Geld aus der Tasche zu ziehen<sup>157</sup>. Besonders ausgeprägt sei bei Friedrich die Angst, dass sein Geld aus seinen Ländern herausfließen könne. Jedoch, so fragte Mirabeau, was geschehe mit dem Geld, wenn es sich bei den Fürsten ansammle? Die Antwort sei ganz einfach: Es verliere seinen gesamten Wert<sup>158</sup>.

Mirabeaus Kritik scheint die Probleme auf den Punkt gebracht zu haben, wenn man die Ergebnisse neuer Studien vor allem von Peter Blastenbrei zur Münzmanipulation Friedrichs betrachtet. Mittels der Münzabwertung finanzierte Friedrich II. seine Kriege<sup>159</sup>. Die Abwertung des Kriegsgeldes führte nach Kriegsende zu einer gravierenden Finanz- und Wirtschaftskrise, da die Rück-

<sup>154</sup> Ibid., S. 3–13.

<sup>155</sup> Ibid., S. 13.

<sup>156</sup> Ibid., S. 21f.

<sup>157</sup> »Quoi qu'il en soit, le mystère en fait de monnoies couvre toujours une administration artificiellement frauduleuse. Le roi de Prusse a visiblement cherché à pomper l'argent de ses sujets par ce moyen«, *ibid.*, S. 35.

<sup>158</sup> Ibid., S. 38, 40.

<sup>159</sup> Reinhold Koser berechnet, dass die Münzmanipulationen Friedrichs bis zu 20,5 % der außergewöhnlichen Kriegseinnahmen beigetragen haben; eine Summe, die laut Blastenbrei noch zu niedrig angesetzt sei: Reinhold KOSER, Die preußischen Finanzen im Sie-

kehr zur Steuerzahlung in vollwertiger Münze eine der größten Deflationskrisen Deutschlands auslöste<sup>160</sup>. Auch Banken außerhalb Preußens waren davon betroffen. Die Kreditverknappung führte viele Banken und Firmen in den Bankrott und die Zahl der Arbeitslosen stieg dramatisch an. Die Situation verschlechterte sich zunehmend bis zur Hungersnot der Jahre 1770/71, die langfristig das Einziehen hoher Summen aus der Bevölkerung unmöglich machte. Die kritische Finanzlage hatte schon in den 1760er Jahren für Unstimmigkeiten zwischen Friedrich II. und seinen für die Steuererhebung zuständigen Beamten gesorgt, die ihn endgültig vom Vorteil der indirekten Steuer und von der Nützlichkeit der Regie überzeugten<sup>161</sup>.

Als letzte Typen indirekter Steuern nannte Mirabeau das Postwesen, die Zeche, das *timbre* als Stempel- oder Steuermarke auf zahlreichen Gegenständen wie Spielkarten und Instrumenten der Geldgeschäfte, Gewerbesteuer usw.<sup>162</sup> In einem letzten Teil seines Kapitels zum Finanzwesen Preußens beschäftigte sich Mirabeau mit Steuern im Allgemeinen. Seiner Meinung nach sei es schon allein wegen des kontinuierlichen Bevölkerungszuwachses unmöglich, die Steuersumme, die ein Herrscher von seinen Untertanen verlangen könne, genau festzulegen. Eine mögliche Art und Weise, das Einkommen des Volkes effizient und gerecht zu besteuern, sei, ihm die verlangte Geldmenge mitzuteilen und dem Volk selbst die Aufgabe zu überlassen, diese Summen zu erheben. Dies wäre in Frankreich möglich, wenn sich die existierenden provinziellen Verwaltungen exakt gleich zusammensetzten, wenn keine einzige Bevölkerungsgruppe die anderen unterdrückte und keine das absurde Privileg besäße, die andere bezahlen zu lassen, ohne selbst zu den Staatskosten beizutragen. Wenn diese Bedingungen gegeben wären, sei diese Methode laut Mirabeau die beste. Denn das über seine eigenen Vorteile aufgeklärte Volk wüsste so, wie es seinen Pflichtbeitrag bezahlen könne, damit sein eigener Gewinn am wenigsten davon betroffen sei; dies sei die große Kunst der Steuererhebung<sup>163</sup>. Leider sei diese Methode in Europa nicht ohne Schwierigkeiten einzuführen, da einige Klassen wie der Adel, der Klerus oder Mischkörperschaften mit gegensätzlichen Interessen viel zu mächtig seien, als dass sie auf ihr Privilegium der Steuerbefreiung und -kon-

benjährigen Krieg, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 13 (1900), S. 153–217, 329–375, insbes. S. 344; BLASTENBREI, Der König und das Geld, S. 76.

160 Ibid.

161 Ibid., S. 76f.; Ingrid MITTENZWEI, Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik, Berlin 1979, S. 25f.

162 MIRABEAU, De la monarchie prussienne, Bd. 4/1, S. 40–50.

163 Ibid., S. 51.

trolle verzichten wollten. Der Herrscher habe daher die Wahl zwischen drei Steuertypen: direkte und indirekte Steuern und Monopole<sup>164</sup>.

Nach Mirabeaus Meinung war das Problem bei den indirekten Steuern ihre Intransparenz. Denn für eine effiziente und freiwillige Steuerzahlung sei es wichtig, dass man das fällige Maximum kenne, was bei indirekten Steuern nicht möglich sei. Außerdem verhinderten sie, dass man zum besten Preis kaufen und verkaufen könne. Die indirekten Steuern seien das einzige vom Herrscher erfundene Mittel, um die privilegierten Stände dazu zu zwingen, zu den Staatseinnahmen beizutragen. Auch indirekte Verbrauchssteuern – die Akzisen –, die dem Trend der Zeit entsprächen, kritisierte Mirabeau. Ihr alleiniger Zweck sei es, einen Beitrag der Städte zu den Staatsfinanzen zu erzwingen. In den preußischen Städten seien nämlich alle Güter und Verbrauchgegenstände mit dieser indirekten Steuer belastet, obwohl diese Städte nichts produzierten. Wie solle man aber Einkünfte aus etwas erzielen, was man nicht selbst produziert habe, fragte Mirabeau. Nur jene, die landwirtschaftliche Produkte erzeugten, könnten die Stadteinwohner entweder mittelbar oder unmittelbar aushalten. Denn allein sie bezahlten letzten Endes die Steuern, die man irrtümlicherweise aus den Städten zu erzielen glaubte. Angesichts dieser Tatsachen sei dieses System völlig abstrus, schloss Mirabeau ab<sup>165</sup>. Obwohl Mirabeaus Kritik an den städtischen Akzisen aus heutiger Sicht nicht ganz schlüssig erscheint, sollte sie als eine logische Folge seiner physiokratischen Überzeugung verstanden werden, die davon ausging, dass allein aus der Landwirtschaft Reichtum und Mehrwert entstünden.

Das System der Akzise, das ursprünglich aus den Niederlanden kam, hatte bereits der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620–1688) am Ende seiner Regierungszeit zur Modernisierung des Steuer- und Finanzwesens in seinen Territorien eingeführt. Wegen ihrer problemlosen Erhebung, ihrer hohen Erträge und ihrer Allgemeingültigkeit auch für die Privilegierten gehörten diese indirekten Verbrauchssteuern zu den am häufigsten eingeführten und angewandten Steuern in den deutschen Territorien<sup>166</sup>.

Indirekte Steuer galten damals als gerecht, weil für alle Untertanen der jeweiligen Gesellschaftsstände ihrem eigenen Konsum entsprechend unterschiedlich hohe Belastungen festgelegt wurden: Luxusgüter etwa wurden höher besteuert als unverzichtbare Nahrungsmittel. Somit betraf sie auch Privilegierte, die traditionell von jeglicher – direkter – Steuerlast befreit oder kaum betroffen waren. Dennoch schien mit der Einführung der neuen Akzisetarife 1769/70 der Anstieg der Besteuerung gerade dieser lebenswichtigen Güter und

<sup>164</sup> Ibid., S. 52f.

<sup>165</sup> Ibid., S. 94f.

<sup>166</sup> BLASTENBREI, Der König und das Geld, S. 61.

somit die Zunahme der finanziellen Belastung insgesamt unerträglich für die ärmsten Bevölkerungsschichten geworden zu sein. Während die Akzise auf Brotgetreide mit der neuen Tarifreform in ganz Preußen abgeschafft wurde, schossen die Umschüttegelder, die als Ersatz eintraten, sowie die Akzisen auf Bier, Branntwein und Fleisch dramatisch in die Höhe<sup>167</sup>. Hinzu kam die Preiserhöhung verbreiteter Massengenussmittel wie Kaffee und Tabak, die allerdings nicht auf diese neuen Tarife, sondern auf die 1765 und 1781 eingerichteten königlichen Monopole zurückging. Die Teuerungen trugen erheblich zur Unzufriedenheit des Volks bei. Wenn das Argument der Gerechtigkeit in der Steuerungsverwaltungspraxis Preußens je eine Rolle gespielt haben sollte, machten die neuen Akzisetarife es nun endgültig zunichte<sup>168</sup>: Die nach 1770 erhöhte Pro-Kopf-Belastung ließ sich ausschließlich durch die neuen Tarife erklären<sup>169</sup>.

Mirabeaus weiteren Ausführungen zufolge sei es ein Fehler des preußischen Königs gewesen, die Zahl der Ämter um ihn herum zu verringern. Diese Politik stand konträr zur Lehre, die ihm bereits in seiner Jugend beigebracht worden war, wonach die einzig reale Macht allein aus dem Wohl seiner Untertanen hervorgehe<sup>170</sup>.

Bevor er die Untersuchung der unterschiedlichen Steuertypen in den jeweiligen Provinzen Preußens fortsetzte, hob Mirabeau seitenlang die gravierenden Fehler der friderizianischen Steuerpolitik hervor. Diese erklären wiederum das kritische Urteil am Ende seiner Ausführungen zum allgemeinen Steuersystem Preußens:

*S'il eût connu les bons principes, certes il auroit su les faire adopter à son peuple, à ses nobles; et le plus grand des rois en eût été le meilleur. Puisque sa fermeté, qui n'eût jamais d'égale, son impartialité sans tache, son inflexible attachement à ses devoirs, ses vues constantes d'ordre et d'économie, réussirent à couvrir une assez grande partie des mauvais effets d'une administration fiscale sans bornes, sans mesure, sans principes, que n'eût pas fait la vérité dans ses mains? Ses rameaux auroient ombragé la terre; et les Prussiens riches, heureux, prospères, seroient devenus les véritables instituteurs de l'Europe, dont ils ne sont que les meilleurs soldats<sup>171</sup>.*

167 RACHEL (Hg.), Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens, S. 146–148.

168 BLASTENBREI, Der König und das Geld, S. 70–72.

169 Willi A. BOELCKE, Die sanftmütige Accise. Zur Bedeutung und Problematik der indirekten Verbrauchsbesteuerung in der Finanzwirtschaft der deutschen Territorialstaaten während der frühen Neuzeit, in: Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 21 (1972), S. 93–139, insbes. S. 132–134.

170 MIRABEAU, De la monarchie prussienne, Bd. 4/1, S. 68f.

171 Ibid., S. 70.

## 5. Das »merkantile« Preußen

Der »größte König« wäre auch der allerbeste König gewesen, wenn er die richtigen Prinzipien gekannt und sie seinem Volk und den Adligen beigebracht hätte. Aber dank seiner bisher unerreichten Stärke, seiner unbefleckten Unparteilichkeit, seines unbeugsamen Pflichtbewusstseins und seiner ständigen Sorge um Ordnung und Sparsamkeit sei es ihm dennoch gelungen, einen Großteil der negativen Auswirkungen einer grenzen- und maßlosen Steuerverwaltung ohne jegliche Prinzipien auszugleichen. Was aber wäre passiert, wenn er »die Wahrheit« gekannt hätte? Sicherlich wären die Preußen reich, glücklich und wohlhabend geworden und das Königreich wäre deshalb zur Schule Europas aufgestiegen. Stattdessen seien die Preußen nur Europas beste Soldaten.

Somit war die Botschaft des Physiokraten klar und deutlich: Nur was das Militär anbelange, sei Preußen als Modell für Frankreich und darüber hinaus für ganz Europa anzusehen, auf keinen Fall aber hinsichtlich des Steuerwesens. In Anbetracht des maroden preußischen Finanzwesens sandte der selbsternannte Ratgeber Mirabeau im Sommer 1786 dem neuen König Friedrich Wilhelm II. ein Reformprogramm zu. Gemäß dessen Leitlinien solle er die Lage der Wirtschaft und Finanzen seines Königreiches verbessern, die von Friedrich II. in einem desaströsen Zustand hinterlassen worden seien. Dabei übernahm Mirabeau noch einmal die schon erwähnte Rhetorik, die sowohl Kontinuität als auch Fortschritt andeutete: Nach dem größten bzw. mächtigsten König könne der neue König jetzt wohl der Beste werden<sup>172</sup>. Abschließend, um seinen Aussagen noch mehr Gewicht zu verleihen, untersuchte und kritisierte Mirabeau die vom ehemaligen Generalregisseur La Haye de Launay verwalteten Finanzen Friedrichs. Beide reagierten bald darauf vehement auf Mirabeaus Vorwürfe<sup>173</sup>.

### 5.5.2 Reaktionen auf Mirabeaus Aussagen

Wie so oft, wenn Mirabeau an die Öffentlichkeit trat, erhielten seine Ausführungen große Aufmerksamkeit. Sein Werk, das mit kritischen Aussagen zum Militär schon für großes Aufsehen und viel Furore gesorgt hatte, rief mit seinen Ausführungen zum preußischen Finanzwesen weitere Reaktionen hervor. Auch hier scheint es um einen Wettbewerb um die Deutungshoheit zu gehen. Mira-

<sup>172</sup> Ibid., S. 236f.

<sup>173</sup> Siehe in MIRABEAU, *De la monarchie prussienne*, Bd. 6 (Anhang), die Schriftstücke bezüglich der *Régie générale* des preußischen Königs: *Apologie particulière de M. de La Haye de Launay*, S. 241–257; *Compte rendu au roi, par le conseiller privé des finances de La Haye de Launay*, S. 258–287; *Faits justificatifs de la conduite de M. de La Haye de Launay*, S. 288–292; *Examen du compte rendu au roi par M. de La Haye de Launay*, S. 293–352.

beau hatte sich mit seiner umfangreichen Studie großes Ansehen von der französischen Regierung erhofft, er konnte jedoch kein offizielles diplomatisches Amt erringen. Dies schien seinen Konkurrenten aber nicht zu genügen. Ähnlich wie im Militärbereich bestritt nämlich d'Esterno, von dem zahlreiche Notizen zu Mirabeaus Werk vom Dezember 1788 stammen<sup>174</sup>, Mirabeaus Kompetenz im Finanz- und Handelsbereich<sup>175</sup>. Die Kritik war nicht neu und scheint Mirabeau nicht gestört zu haben.

Der Disput zwischen Mirabeau und dem Privatrat für die Finanzen des preußischen Königs, La Haye de Launay, auch Generalverwalter, Finanzdirektor und Leiter der preußischen Akzise, entwickelte sich mit deutlich mehr Virulenz<sup>176</sup>. Der französische Finanzexperte kam 1766 im Zuge des Reformprogramms Friedrichs II. nach Preußen, um die neu eingerichtete Königlich-Preussische General-Accise- und Zoll-Administration für einen Zeitraum von zunächst sechs Jahren zu leiten. Wie schon erwähnt, erläuterte der ehemalige Generalsteuerpächter Helvétius noch im Jahr seines Eintrittes in den Dienst des preußischen Königs das französische Pachtsystem und empfahl ihm die Regie<sup>177</sup>. Helvétius' Plänen folgend übernahm La Haye de Launay mit drei weiteren Leitern der Regie die Verwaltung dieses neuen Steuerinstruments. Dafür verlangten die vier ein hohes Jahresgehalt und eine sehr hohe Prämie, die anhand der erzielten Überschüsse über das bisherige Durchschnittsquantum hinaus errechnet werden sollte. Diese großzügige Bezahlung wurde ihnen später vorgeworfen. Als am 31. Mai 1772 die erste Periode der Regie abgelaufen war, bestätigte Friedrich sein Vertrauen in seinen Finanzbeamten und verlängerte das Mandat seines Steuererhebungsapparats für weitere sechs Jahre. Als

174 Notes sur l'ouvrage de Mirabeau, Dez. 1788, AMAE MD Prusse 7, fol. 282r–289r.

175 »Il censure beaucoup d'établissements, beaucoup d'ordonnances, beaucoup d'opinion sur les uns et sur les autres. Mais un trésor de cinq à six cent millions en cave, une armée de deux cens mille hommes, à laquelle il ne manque ni poudre, ni habit, ni chevaux, et en même temps un impôt, tellement réparti et fixé qu'il pèse sur tout le monde sans inquiéter personne; voilà certainement une grande réponse aux critiques d'un homme de lettres«, *ibid.*, fol. 283v–284r.

176 Marc-André-Antoine DE LA HAYE DE LAUNAY, Justification du système d'économie politique et financière de Frédéric II, roi de Prusse, pour servir de réfutation à tout ce que M. le comte de Mirabeau a hazardé à ce sujet dans son ouvrage »De la monarchie prussienne«, o. O. 1789. Diese Schrift ist eine Antwort auf Mirabeaus kritische Analyse seiner Finanzpolitik »Examen du compte rendu au roi par M. de Launay«, in: MIRABEAU, De la monarchie prussienne, Bd. 6 (Anhang), S. 293–352. Siehe auch Johann David Erdmann PREUSS, Friedrich der Große, Bd. 3, Berlin 1833, S. 1–21, und Adolph Friedrich RIEDEL, Der brandenburg-preußische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten. Ausführung eines in der Königl. Akademie der Wissenschaften am 6. April 1865 gehaltenen Vortrages, Berlin 1866, S. 103, 139.

177 BLASTENBREI, Der König und das Geld, S. 55–82.

Mitarbeiter an seiner Seite ernannte La Haye de Launay zwei neue französische sowie zwei deutsche Regisseure. Als oberster Leiter dieser Steuermaschine bereicherte sich La Haye de Launay in den letzten Regierungsjahren Friedrichs II. erheblich und häufte angeblich hohe Staatseinkünfte an. Solche Summen hätte Friedrich nach dem Siebenjährigen Krieg zur Wiederherstellung seiner Armee und seiner Staatsfinanzen gut gebrauchen können. Nach La Haye de Launays eigener Aufstellung brachte er dem preußischen Staat während der 21 Jahre seiner Verwaltung über 42 Millionen Taler Mehrertrag ein, d. h. im Jahresdurchschnitt genau die zwei Millionen, die Friedrich 1765 von seinem Generaldirectorium verlangte. Das Direktorium hatte dem König jedoch erwidert, dass solche Summen nicht erreicht werden könnten. Die häufig von französischen Beobachtern erwähnte hohe Steuerbelastung der Preußen erklärte sich durch die seit 1769/70 in allen Provinzen eingeführten Akzisetarife. Mit diesen neuen Tarifen stiegen die gesamten Staatseinnahmen von ca. 1,5–1,6 Millionen Talern Anfang der 1750er Jahre auf ca. 4–4,8 Millionen im Jahre 1786 an<sup>178</sup>.

Der Unmut, der sich wegen der Erhöhung der Pro-Kopf-Steuerbelastung überall in den preußischen Ländern in den 1770er Jahren verbreitete, erklärte auch den bis in die 1920er Jahre stets wiederholten Versuch der borussischen Geschichtsschreibung, die Finanzpolitik des Königs von der fehlerhaften Tätigkeit der Regieverwaltung zu trennen. Diese Ansätze scheiterten. Das Thema des fiskalischen Erfolges der Regie ließ sich nicht unabhängig von der Regierungspraxis des preußischen absoluten Herrschers behandeln<sup>179</sup>. Das Zusammenwirken von Regie und Regierung wurde bereits durch die Verstimmung Friedrichs gegen La Haye de Launay belegt, als im Jahre 1782 Kritik an der Einrichtung und deren Leiter laut wurde<sup>180</sup>. Friedrich, der die Steuerverwaltungseinrichtung als seine Schöpfung betrachtete, zog seinen Regieleiter zwar zur Rechenschaft, reformierte aber die Institution wahrscheinlich aus Angst vor kostspieligen Meliorationsarbeiten nicht<sup>181</sup>. Deshalb hielt die Kritik, wie jene Mirabeaus, an La Haye de Launays Gegner bezichtigten ihn, mit der Regie, konkret durch die erhöhten Abgaben auf Fleisch, Bier und Wein, zur Ausbeutung armer Bevölkerungsschichten beigetragen zu haben und mit seiner Steuerpolitik schließlich nicht nur keine Mehreinnahmen erbracht, sondern ganz im Gegenteil die Staatskasse erheblich belastet zu haben.

<sup>178</sup> Ibid., S. 69f.

<sup>179</sup> SCHULTZE, Geschichte der preußischen Regieverwaltung, S. 163–165.

<sup>180</sup> BLASTENBREI, Der König und das Geld, S. 71.

<sup>181</sup> RACHEL (Hg.), Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens, S. 90–94.

Dies erklärt, weshalb der neue König Friedrich Wilhelm II. umgehend nach seiner Thronbesteigung 1786 eine Kommission einberief, die dafür zuständig war, den Rechenschaftsbericht La Haye de Launays zu überprüfen und die tatsächlichen Staatseinkünfte aufzulisten. Mit dem Abzug des Mehrertrags aus dem seit 1772 hinzugekommenen Westpreußen und unter Berücksichtigung der dadurch bedeutend angestiegenen Bevölkerungszahl sank die von La Haye de Launay angegebene Summe drastisch. Deshalb wurde dem ehemals höchsten Finanzbeamten vorgeworfen, die Regie zu seiner eigenen Bereicherung missbraucht zu haben und statt Staatseinkünften erwirtschaftet vielmehr das Staatsvermögen gemindert zu haben.

Die immer wieder betonte gravierende Steuerbelastung der Bevölkerung gehe allein auf La Haye de Launay zurück, hob Mirabeau in seiner Schrift hervor. Die armen Untertanen müssten die hohen Abgaben auf Fleisch, Bier und Wein und die sehr hohen Erhebungskosten und Prämien allein aufgrund seines Versagens ertragen. Der Streit zwischen Mirabeau, der wie immer kein Blatt vor den Mund nahm, und dem ehemaligen Leiter der preußischen Regie selbst brach 1788 aus. In diesem Jahr publizierte der Graf in seinem schon zitierten mehrbändigen Werk zur preußischen Monarchie den Rechenschaftsbericht de Launays ohne dessen Einverständnis<sup>182</sup>.

La Haye de Launay begann seine Verteidigung gegen Mirabeaus Kritik ebenfalls mit einem Angriff auf die Fachkompetenz des Grafen<sup>183</sup>. Er korrigierte explizit einige Ungenauigkeiten in Mirabeaus Äußerungen<sup>184</sup>. Gegen den schweren Vorwurf des Grafen, er habe die arme Bevölkerung dramatisch belas-

182 »M. de Mirabeau s'est permis de faire imprimer le compte que j'ai rendu à l'illustre héritier du trône de Frédéric-le-Grand, des opérations dont m'avoit chargé son auguste prédécesseur pendant vingt ans. Ce compte expose les faits, leurs résultats, & leurs preuves soumises à une commission pour en faire la recherche. Le comte de Mirabeau ne rapporte pas de désaveu de cette commission, il ne nie pas les faits, il ne les combat point, mais il les décrie par de vaines phrases«, LA HAYE DE LAUNAY, Justification du système d'économie, S. 3.

183 »Il [Mirabeau] se déchaîne d'une manière étonnante, dans son quatrième volume, contre le système d'économie politique de ce grand roi. [...] Il attaque essentiellement les opérations confiées à mes soins pendant vingt années, & il déchire si cruellement ma réputation, que je ne puis me dispenser de lui renvoyer les traits qu'il me lance, en lui prouvant qu'il ne sait pas un mot des opérations qu'il censure, & qu'il n'a pas même compris les pièces qu'il a fait imprimer. [...] Il n'a écrit qu'un tas de choses injurieuses sur un compatriote qui ne lui a rien fait de mal et se sert de lui pour exprimer sa vengeance«, *ibid.*, S. 1f.

184 »Mirabeau dit que le roi remit en 1764 à des Français, la manutention de ses revenus. Mirabeau est mal instruit. Je n'ai paru devant le roi que le 15 janvier 1766. J'ai refusé le tabac, le sel, le timbre & le bois, objets que le roi m'avait offerts. J'ai refusé même la ferme des accises et des péages«, S. 9, und weiter: »M. le comte ignore que les

## 5. Das »merkantile« Preußen

tet<sup>185</sup>, verteidigte er sich vehement<sup>186</sup>. Er sei nur der merkantilistischen Politik des verstorbenen Königs gefolgt<sup>187</sup>: Weil Friedrich gewusst habe, dass der Boden und das Vieh seiner Territorien nicht ertragreich genug seien, habe er es sich nicht erlauben können, den Import ausländischer Waren steuerfrei zu tolerieren. Sonst wären seine Staatsfinanzen, sein gesamtes Gold und Bargeld, schnell erschöpft gewesen. Ohne Industrie und vom ausländischen Handel abhängig, habe der preußische König besonders auf seine Handelsbilanz achten müssen, und zwar dahingehend, dass Zahlungsmittel aus dem Ausland in seine Wirtschaft einfließen<sup>188</sup>. Überzeugt von der königlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik sei La Haye de Launay Zeuge deren positiven Wirkung gewesen.

campagnes [dont la Prusse occidentale gagnée en 1772 par Friedrich II] ne sont pas sujettes à l'accise; que les villes de la Prusse polonoise étoient peu de chose; qu'elles étoient fixées pour les accises à un taux que les chambres qui les régissaient d'abord n'avoient pu soutenir (\*); que les péages de la Vistule étoient également fixés. Il auroit dû faire attention que si les péages ont beaucoup contribué, comme il le dit, à l'augmentation dont il parle, cette augmentation a d'autant moins pesé sur le peuple prussien, qu'il dit en avoir été la victime absolue, quoiqu'il n'eût nullement contribué à ces péages; mais ce sont justement ces sortes de vérités qu'on ne voit pas, quand on a envie de dire du mal«, *ibid.*, S. 19–21.

185 »[I]l m'offense, ainsi que la nation prussienne à qui il prête des vues peu honorables; elle a le malheur de renfermer comme les autres nations, des hommes envieux & méchants, mais le fonds de la nation est composé de personnes honnêtes & vertueuses, qui connoissent le droit des gens, respectent la mémoire d'un roi qui sera à jamais l'honneur de leur patrie, comme il en a fait le bien; qui savent que l'obéissance est chez eux un devoir sacré, & qui, conséquemment, n'auroient jamais osé condamner ce qu'ils n'auroient osé refuser de faire. Je connoissois leur façon de penser; le reste m'inquiétoit peu, car de vaines clameurs n'auroient pas suffi pour opérer des dangers dont le comte de Mirabeau ne présente l'impression que pour faire valoir la compassion qui aggrave ses outrages«, *ibid.*, S. 12.

186 »[M]ais voyons sur quoi tombent les ravages que la prétendue peste fiscale a exercé sur le peuple prussien. Est-ce sur le pain? Il n'a plus rien payé depuis l'établissement de la Régie. Est-ce sur le tabac? Il n'a plus été sujet à ses droits. Sur les besoins usuels en effets et ustensiles? Sur la bière, la viande, le café, l'eau-de-vie, les sucres, huiles, épicerie, bois? Où est donc le fondement de ces prétendus ravages exercés sur le peuple prussien? C'est, suivant M. le comte, dans l'exactitude des perceptions sur ce qui restoit sujet aux droits. Quelles inconséquences pour un homme d'autant d'esprit! quelle marge veut-il donc qu'on ait laissée aux augmentations, si plus d'exactitude sur les moindres perceptions a opéré ainsi quarante-deux millions d'écus de surcroit? quelles pertes l'État supportoit-il donc depuis long-temps?«, *ibid.*, S. 22.

187 *Ibid.*, S. 53–55.

188 »Si je donnois les mains à l'importation des ouvrages étrangers qui satisferoient bien les goûts de mes sujets, que deviendroient-ils en peu de temps, le luxe s'étant répandu dans tous les États? car aujourd'hui la moindre servante veut porter un peu de soie. Ils épuiseroient le numéraire dont la sortie n'a pour compensation que l'exporta-

Darüber hinaus, belehrte er Mirabeau, solle man zunächst ein Land gut kennen, bevor man angeblich bessere Grundprinzipien vorschlage. Er verteidigte die königliche Handelspolitik insbesondere, weil sie sich am Gemeinwohl orientiere<sup>189</sup>.

La Haye de Launay erwiderte weiter auf Mirabeaus physiokratische Kritikpunkte: Der Handel sei nicht durch eine mangelhafte Landwirtschaft ruiniert worden, denn diese habe in diesem Land niemals die Basis eines florierenden Handels werden können; in Preußen müsse man nämlich Getreide, Vieh und Wein aus dem Ausland importieren, um die Leute zu ernähren. Das preußische Land sei von Natur aus arm. Deshalb gebe es so viele Begünstigte (*stipendiés*), die auf die vom preußischen Staat gezahlten Löhne angewiesen seien. Ohne

tion des lainages, toiles & bois. Il faut donc nécessairement que je fasse attention à la balance, & que j'ouvre les mains; non pour donner, mais pour recevoir de l'étranger. [...] Ce que vous dites sur l'industrie & le commerce est très-bien dit: l'industrie est véritablement la mère nourrice des habitans; & le commerce, l'âme vivifiante d'un État; mais c'est dans ceux où l'industrie est la base du commerce, & le commerce, le facteur de l'industrie. [...] Mais chez moi [Friedrich II.], l'industrie est encore dans bien des parties au berceau, & le commerce de mes États n'est que le facteur du commerce étranger«, *ibid.*, S. 56–58. »Je prohibe tant que je puis, parce que c'est le moyen de forcer à faire ce qu'on ne peut se procurer [...] J'accorde des monopoles (c'est ainsi qu'il appelloit les privilèges exclusifs), parce qu'il n'y a pas de quoi occuper plusieurs personnes du même objet, & qu'il faut indemniser des frais de l'établissement, le soutenir & le faire prospérer, pour faire naître l'envie d'en partager les fruits; sans quoi, ils n'entreprendroient pas ou se ruineroient«, *ibid.*, S. 59, und weiter: »[D]'ailleurs il faut empêcher le numéraire de sortir, quand on a peu de moyens de le remplacer. Vous savez que je n'ai pas de mines d'or & d'argent«, *ibid.*, S. 60.

189 »Il faut donc connaître un pays avant de lui présenter des maximes qui puissent s'y adapter; & que feu le roi étoit un homme supérieur qui voyoit les choses en grand, ne s'arrêtoit pas superficiel, & qui savoit sacrifier des avantages assurés pour lui, aux succès de son industrie pour opérer le bien, loin d'avoir la barbare volonté de réparer des maux par des maux plus grands, comme le publie M. le comte de Mirabeau«, *ibid.*, S. 61–62, und weiter: »En vérité, tout cela ne se comprend pas, le comte de Mirabeau substitue par-tout le mal au bien; mais des phrases brillantes n'effacent pas des faits, & je vais rapporter des faits qui substitueront l'admiration à l'indignation qu'il veut provoquer contre le système d'économie politique du feu roi. Frédéric-le-Grand aimoit tendrement & sincèrement ses peuples, & il les a aimés constamment de même jusqu'à sa fin. Il ne m'en a jamais parlé qu'avec un sensible intérêt pour leur soulagement & leurs occupations, & avec attendrissement dans leurs malheurs. Il les soulageoit dans leurs charges, les secouroit dans leurs besoins & dans leurs calamités dont il effaçoit toutes les traces à ses frais. La première leçon qu'il m'ait donnée en arrivant, a été de ménager le peuple, parce qu'il n'avoit pas le moyen de payer; & de ménager l'industrie, parce qu'il falloit qu'elle occupât le peuple que l'on devoit faire gagner pour le mettre en état de payer par la suite. Ne prenez, disoit-il, que sur ceux qui peuvent payer, je vous les abandonne«, *ibid.*, S. 69f.

## 5. Das »merkantile« Preußen

diese wesentliche Unterstützung könne die für das wirtschaftliche Leben und den Handel unentbehrliche Zirkulation der Mittel nicht stattfinden<sup>190</sup>.

Alle Kritikpunkte Mirabeaus am politischen Wirtschaftssystem Friedrichs II. zeugten davon, so La Haye de Launay, dass der französische Graf dieses Land nur schlecht kenne. Wie könne er übersehen, dass ein Land ohne Landwirtschaft und ohne Produktionshandel eine starke Industrie besitzen müsse, um den Leuten eine Beschäftigung zuzusichern? Über den industriellen Sektor entstehe ein Mehrwert und die Geldmittel blieben innerhalb der Landesgrenzen. Auf diese Weise sei mit der Zeit eine gute Basis für den Handel geschaffen worden<sup>191</sup>. Eng verwoben mit seiner Apologie der Wirtschafts- und Finanzpolitik Friedrichs II. verteidigte La Haye de Launay zugleich seine Tätigkeit als eifriger Diener eines großen Königs, dessen Befehlen er treu gefolgt sei und den er wiederum beraten habe, so gut es ihm möglich gewesen sei<sup>192</sup>.

Mirabeau plädierte dafür, indirekte Steuern durch direkte zu ersetzen, die Grundstücke bzw. Grundbesitzer belasten würden. Mit dieser Argumentation befand sich der Graf in Übereinstimmung mit dem Projekt eines Katasters, das der Generalkontrolleur der Finanzen Bertin im Jahre 1763 entworfen hatte. La Haye de Launay antwortete diesmal nur mit einem persönlichen Angriff auf Mirabeau, ohne dass er überzeugende Argumente anführte<sup>193</sup>. Schließlich lobte er sich selbst, indem er Friedrichs schmeichelhafte Aussagen über ihn wieder-

190 »Le commerce n'a pas été ruiné par le défaut d'agriculture; celle-ci n'ayant jamais pu faire la base du commerce dans un pays où l'on est obligé de tirer de l'étranger des grains, des bestiaux, du vin, &c. pour le besoin des habitans«, *ibid.*, S. 79; »La classe des stipendiés est nécessaire à cet État pauvre qu'est la Prusse, car elle fournit à un grand nombre d'habitants le moyen de subsister et d'élever leurs enfants et de favoriser et faire croître le commerce et l'industrie. Tout le monde ne pouvant pas avoir des propriétés ou une profession, il faut cependant que chacun ait des ressources«, *ibid.*, S. 80; »C'est ainsi que se fait la circulation, à laquelle il faut bien fournir des moyens, dans les pays où la nature semble les avoir refusé, en attendant que l'art puisse y suppléer par l'industrie«, *ibid.*, S. 81.

191 »Comment ne voit-il pas qu'un pays qui n'a ni agriculture, ni commerce de production, doit être un pays d'industrie, où l'art, occupant les peuples, fasse employer les productions, ajoute à la valeur la main-d'œuvre, lui conserve d'autant son numéraire, en le mettant en état d'en acquérir par la suite, & devenant enfin ce que l'industrie n'est pas, & ne peut être qu'avec le temps, c'est-à-dire, une base de commerce national & particulier? [...] M. le comte de Mirabeau n'a pas vu tout cela; mais Frédéric-le-Grand l'avoit vu. Il laissoit crier ces génies étroits qui, dans ses propres États censuroient ses vues; satisfait d'en prouver la sagesse par le succès, & de confondre la critique aveugle & inconsidérée, par le bien qu'il faisoit, & qui étoit immense«, *ibid.*, S. 82, 98–100.

192 *Ibid.*, S. 83.

193 *Ibid.*, S. 88–91.

gab<sup>194</sup>, und behauptete abschließend, dass er Friedrich Wilhelm II. im Oktober 1786 um die Möglichkeit gebeten habe, zurücktreten zu können. Er beendete seinen Bericht mit einigen lobenden Worten über den neuen König: »Tous ces faits ont été voilés aux yeux de l'illustre successeur de ce grand roi, trop grand lui-même, trop noble, trop bon, & trop juste pour demander le désistement de telles prétentions, si on lui en eût fait connoître le fondement«<sup>195</sup>. Mirabeau habe ihn nämlich ungerechterweise angegriffen und sein Ansehen mit Verleumdungen beschmutzt; auch die Zweifel hinsichtlich seiner Verwaltungstätigkeit als Leiter der preußischen Regie über 21 Jahre hinweg, die zur Einberufung einer Prüfungskommission geführt hätten, empfinde er als eine schmerzhaft Ungerechtigkeit. Er appelliere deshalb an den Gerechtigkeitssinn des neuen Königs<sup>196</sup>.

Über die tatsächliche Verantwortung La Haye de Launays für die Probleme der preußischen Staatskassen herrscht bis heute keine Gewissheit. Sicher ist auf jeden Fall, dass das System selbst von der Bevölkerung als schwere Last empfunden wurde. Deshalb hob Friedrich Wilhelm II. es schon Ende 1786 auf<sup>197</sup>.

Während der Regierungszeit Friedrichs II. hatte La Haye de Launay neben einem festen Jahresgehalt von 15 000 Talern hohe jährliche Prämien bekommen. Er wurde somit der reichste Beamte des preußischen Staates. Mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. änderte sich seine Situation drastisch. Die vom neuen König einberufene Kommission, die die gesamte Verwaltung während de Launays Amtszeit an der Spitze der Regie prüfen musste, ruinierte seinen bis dato guten Ruf: Er verlor sein Amt und musste sich bis zum Ende der Untersuchung in der Nähe von Berlin aufhalten. Schließlich wurden zwar die schon erwähnten Finanzlücken festgestellt, dennoch konnten dem ehemaligen Leiter keine Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der Akzisen nachgewiesen werden. Nachdem La Haye de Launay freiwillig auf die ihm von Friedrich II. zugesicherte Pension verzichtet hatte, kehrte er nach Paris zurück. Mit seiner Rückkehr brach sein Steuersystem zusammen, das er in seiner Schrift »Compte rendu au roi par le conseiller privé des finances de La Haye de Launay« und einer späteren »Justification« vergeblich zu rechtfertigen versuchte<sup>198</sup>.

194 Ibid., S. 97.

195 Ibid., S. 101.

196 Ibid., S. 104f.

197 Zum schlechten Funktionieren der preußischen Regie nach dem Modell der französischen *Ferme générale* (Generalfinanzpachtamt) siehe Richard BONNEY (Hg.), *Economic Systems and State Finance*, Oxford 1995, S. 316.

198 LA HAYE DE LAUNAY, *Justification du système d'économie*.

## 5.6 Fazit

Die Wahrnehmung des preußischen Finanz-, Wirtschafts- und Steuersystems durch französische Fachleute führt zu vier abschließenden Reflexionen:

1) Wie Peter Blastenbrei gezeigt hat, wussten Zeitgenossen aufgrund der erfolgreichen Geheimhaltung der friderizianischen Staatsfinanzen nichts vom ausgeglichenen preußischen Staatshaushalt<sup>199</sup>. Hätten französische Finanzexperten vermutet, dass sich Preußen trotz der vielen Kriege, die Friedrich während seiner Regierungszeit führte, nicht verschuldet hatte, so hätte dies die Sorge über die neue europäische Großmacht gesteigert. Zugleich hätte dieser außergewöhnliche Erfolg jedoch die Neugierde und Bewunderung zahlreicher französischer Beobachter über das Militär hinaus auf das Finanzwesen ziehen müssen. Beides traf aber nicht ein und spricht dafür, dass der tatsächliche Staatsetat nicht bekannt war.

Dies sei laut Blastenbrei auch der Grund dafür gewesen, warum die preußische Finanzorganisation – abgesehen von Mirabeau, der als Anhänger eines physiokratisch inspirierten Liberalismus das gesamte System vehement kritisierte – nur rudimentäre Beachtung in der französischen Öffentlichkeit fand. Dass Friedrichs Tresor gefüllt war, ahnten sie eher, als dass sie es mit Sicherheit wussten. Sicherlich erklärt die Unzugänglichkeit dieser Informationen auch die spärlichen, allein auf die Deskription der Organisation der Staatsfinanzen und der Wirtschaft begrenzten Aussagen von französischen Experten. Das schon sehr geringe Interesse der französischen Finanzexperten an der gut funktionierenden Wirtschafts- und Finanzverwaltung Preußens unter Friedrich II. nahm während der Regierungszeiten seiner Nachfolger Friedrich Wilhelm II. (1786–1797) und Friedrich Wilhelm III. (1797–1840) noch weiter ab; und dies, obwohl Preußen als Handelspartner stets wichtiger wurde<sup>200</sup>. Von dieser ersten Erkenntnis ausgehend, muss deutlich zwischen der tatsächlichen Wirtschafts- und Finanzlage in Preußen einerseits und dem französischen Diskurs darüber andererseits differenziert werden.

2) Die wenigen, rein deskriptiven Darstellungen der Finanzorganisation und Wirtschaftspolitik Preußens, die aus der Feder diverser Beobachter stammten, teilten die Annahme, dass die Erklärung für den militärischen Erfolg des Königreichs im preußischen Finanzwesen lag. Die Zeitgenossen betrachteten daher Wirtschaft und Finanzen als wesentliche Komponenten des preußischen Militärstaates. Ihr Interesse für die finanzielle Gesundheit Preußens entstammte

<sup>199</sup> BLASTENBREI, *Der König und das Geld*, S. 55–82.

<sup>200</sup> *Mémoire sur le commerce que la France pourroit établir avec la Prusse, et projet d'une convention commerciale à conclure avec cette puissance*, à Elbing, 14. Thermidor Jahr IV (1.8.1796), AN Affaires étrangères B/III/426.

daher aus rein militärischen Gesichtspunkten. Zugleich erklärt diese Wahrnehmung von Preußen als *fiscal-military state* <sup>201</sup>, dass das Modell eines Militärstaates mit seiner als abschreckend stilisierten Disziplin und Strenge für Reformen zur Verbesserung der finanziellen Lage Frankreichs auf gar keinen Fall in Frage kommen konnte. Das Interesse für das preußische Militär erklärt sich dadurch, dass dieser Bereich als Schlüssel zum Machtzuwachs und zur Wiederherstellung der herausragenden Position Frankreichs auf der europäischen Bühne betrachtet wurde, während die wirtschaftliche Organisation nur das Mittel zur Finanzierung jenes von Frankreich abgelehnten Militärstaates bildete.

3) Darüber hinaus wird deutlich, dass der Fokus auf den Diskurs über die Finanzierungsmethode und wirtschaftliche Organisation Preußens trotz der geringen Rezeption der Binnendebatte zwischen Merkantilisten und Physiokraten diene. Die physiokratische Hegemonie in der französischen Öffentlichkeit, die zumindest bis 1776 vorherrschte, prägte die Wahrnehmung des preußischen Finanz- und Wirtschaftssystems, das als merkantilistisch und somit als Gegenmodell gebrandmarkt wurde. Diese ablehnende Haltung erklärt zudem, dass die Übernahme einzelner Elemente blockiert wurde, obwohl sie zur Verbesserung der französischen Lage hätten beitragen können.

4) Die vorliegende Studie schließt mit dem Ende des Ancien Régime aus zwei Gründen ab: Der erste liegt in der Rezeptionsgeschichte der Prinzipien der französischen Physiokraten. Während ihre Lehre die deutschen Kameralisten stark interessierte, fand die intensive Beschäftigung mit Kameralwissenschaften an deutschen Universitäten trotz der Übersetzung von Justis und Bielfelds Werken kaum Anklang in Frankreich<sup>202</sup>. Dementsprechend verlief der Wissenstransfer zwischen Physiokraten und Kameralisten in die umgekehrte Richtung als die hier untersuchte, und zwar in Form einer verspäteten Rezeption der französischen Lehre in den 1780er Jahren in Preußen. Der zweite Grund ist, dass die Konkurrenz weiterer fremder Modelle zu stark war und sich deshalb nach 1789 kaum mehr Belege einer Beschäftigung mit Preußen finden lassen.

Während der letzten Tage des Directoire 1796 entflammte ein lebhafter Streit um einen Vergleich zwischen den Finanzen Englands und Frankreichs<sup>203</sup>.

<sup>201</sup> Siehe zu diesem Konzept u. a. Hamish M. SCOTT, *The Fiscal-Military State and International Rivalry during the Long Eighteenth Century*, in: Christopher STORRS (Hg.), *The Fiscal-Military State in Eighteenth-Century Europe. Essays in Honour of P.G.M. Dickson*, Farnham u. a. 2009, S. 23–54.

<sup>202</sup> Keith TRIBE, *The Reception of Physiocratic Argument in the German States*, in: Bernard DELMAS, Thierry DEMALS, Philippe STEINER (Hg.), *La diffusion internationale de la physiocratie (XVIII<sup>e</sup>–XIX<sup>e</sup> siècle)*, Grenoble 1995, S. 331–344.

<sup>203</sup> STOURM, *Bibliographie historique*, S. 317f.

Anlass gaben Angriffe auf das englische System, die von folgenden Persönlichkeiten ausgegangen waren: dem aufgeklärten Politiker und geistigen Vater der Verfassung der Vereinigten Staaten, Thomas Paine (1737–1809)<sup>204</sup>, dem Arzt und Gesetzgeber während der Französischen Revolution, François-Xavier Lanthenas (1754–1799), dem Professor für Gesetzgebung Camille Saint-Aubin (1758–1820)<sup>205</sup> und dem ehemaligen Verwalter des Seine-Departements sowie ehemaligen Präfekten der Nièvre, Jean-Joseph Sabatier († 1820)<sup>206</sup>. Auf Initiative des Schweizer Wirtschaftswissenschaftlers und Politikers Francis d'Ivernois (1757–1842)<sup>207</sup> veröffentlichte der deutsch-österreichische Publizist, Politiker und Volkswirtschaftslehrer Friedrich Gentz (1764–1832), der als Gegenrevolutionär und später als einer der aktivsten Gegner Napoleons in Europa bekannt wurde, eine Verteidigung des englischen Systems<sup>208</sup>. Ohne sich weiter

<sup>204</sup> Thomas PAINE, *Décadence et chute du système de finances de l'Angleterre*, traduit de l'anglais par François LANTHENAS, membre du conseil des Cinq-Cents, Paris 1796.

<sup>205</sup> Camille SAINT-AUBIN, *Exposé des avantages qui résulteraient de la vente immédiate des biens nationaux de la Belgique contre des inscriptions au grand livre, à quoi l'on a joint un tableau comparatif de la dette publique de la France avec [...] l'Angleterre par Saint-Aubin, professeur de législation aux écoles centrales du département de la Seine*, Paris [1796–1797].

<sup>206</sup> Jean-Joseph SABATIER, *Tableau de comparaison entre les contributions et les dépenses annuelles de l'Angleterre en 1797, et les contributions et dépenses annuelles de la république française en l'an VI. Avec le développement des causes qui produisent en Angleterre la rentrée des contributions, l'aisance des contribuables et celle du trésor public, et des causes qui produisent en France un résultat absolument contraire*, Paris [1798–1799]; DERS., *Tableaux comparatifs des dépenses et des contributions de la France et de l'Angleterre, suivis de considérations sur les ressources des deux États, et servant en même temps de réfutation à l'ouvrage de M. Gentz*, Paris [1805].

<sup>207</sup> Francis D'IVERNOIS, *État des finances et des ressources de la République française au 1<sup>er</sup> janvier 1796, pour faire suite au »Coup d'œil sur les assignats« et aux »Réflexions sur la guerre«*, London 1796; DERS., *Histoire de l'administration des finances de la république pendant l'année 1796*, London, Hamburg <sup>2</sup>1797; DERS., *Tableau historique et politique de l'administration de la république française pendant l'année 1797, des causes qui ont amené la révolution du 4 septembre et de ses résultats*, London 1798; DERS., *Tableau historique et politique des pertes que la révolution et la guerre ont causées au peuple français, dans sa population, son agriculture, ses colonies, ses manufactures et son commerce*, London 1799; DERS., *Napoléon, administrateur et financier, pour faire suite au »Tableau historique et politique des pertes que la Révolution et la guerre ont causées au peuple français dans sa population, son agriculture, ses colonies, ses manufactures et son commerce«*, Paris <sup>2</sup>1814.

<sup>208</sup> Friedrich GENTZ, *Essai sur l'état actuel de l'administration des finances et de la richesse nationale de la Grande-Bretagne*, London u. a. 1800. Der Verfasser wollte in seinem Werk zeigen, dass der Reichtum Englands stets gewachsen und die finanzielle Situ-

mit den Details der zwischen Gentz, Fonvielle<sup>209</sup> und dem *conseiller d'État* d'Hauterive<sup>210</sup> geführten Debatte zum Verhältnis zwischen den Reichtümern und Schulden Englands beschäftigen zu wollen, muss dieser Disput abschließend erwähnt werden, weil er das damalige Interesse der Öffentlichkeit illustriert, insbesondere von Volkswirtschaftslehrern und weiteren Finanzexperten. Der Fokus lag dabei auf England und nicht auf Preußen: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts schienen sich die Blicke über die Grenzen immer stärker nach England und Amerika zu richten.

ation deshalb nicht in geringster Weise besorgniserregend sei; DERS., *Situation de la France et de l'Angleterre, à la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle, ou Conseils au gouvernement de la France, et réfutations de l'»Essai sur les finances de la Grande-Bretagne«*, 2 Bde., Paris 1800. Siehe dazu Günther KRONENBITTER, *Wort und Macht. Friedrich Gentz als politischer Schriftsteller*, Berlin 1994.

<sup>209</sup> Bernard-François-Anne de FONVIELLE, *Essais sur l'état actuel de la France*, Paris 1796.

<sup>210</sup> Alexandre-Maurice Blanc de Lanautte d'Hauterive, *De l'état de la France à la fin de l'an VIII*, Paris [1800]. Im zweiten Teil des Werkes, der der wirtschaftlichen Situation gewidmet ist, griff er Gentz unmittelbar an und setzte ihm wichtige Argumente bezüglich der Schwierigkeiten, den tatsächlichen Reichtum einer Nation, deren steuerliche Kräfte sowie das Maß seines Kredits richtig einzuschätzen, entgegen.